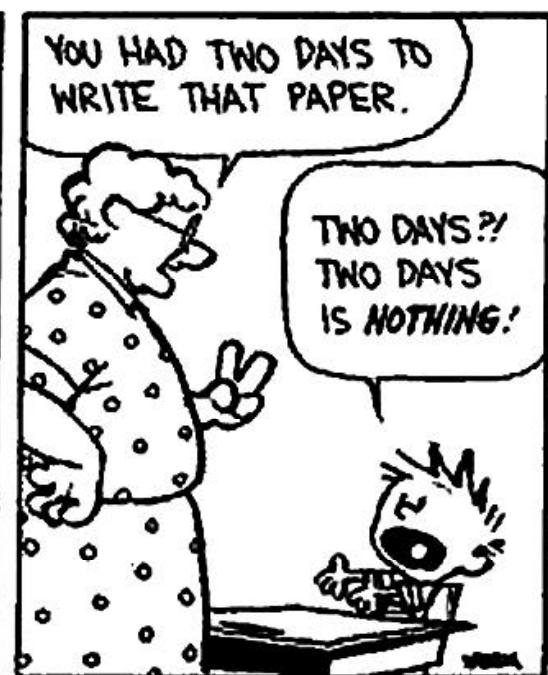
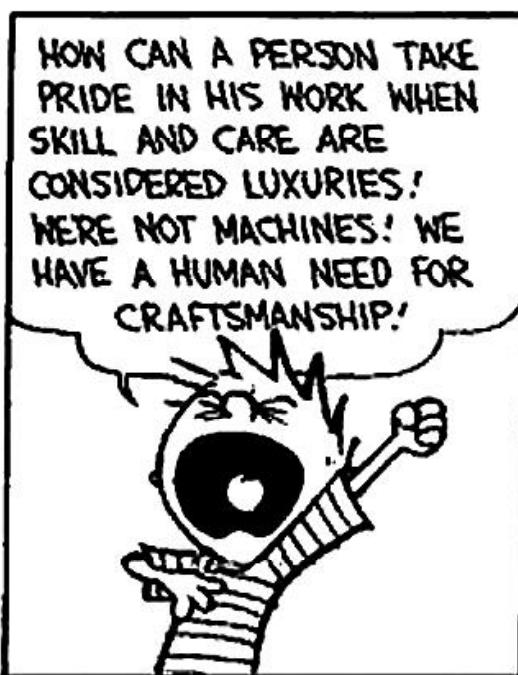


STUDIENGEBÜHREN FALLEN NICHT VOM HIMMEL...



AK Bildung und Politik
(ex- AK Inhalt)

.....INHALT

Global denken - lokal handeln.....	4
Studiengebühren fallen nicht vom Himmel - Über Sozialabbau und soziale Repression.....	6
Keine faulen Kompromisse - Studienkonten sind Studiengebühren.....	7
Funktion und Umbau der Universitäten oder alter Wein in neuen Schläuchen.....	9
Was kostet ein Langzeitstudent?.....	12
Problemfall Masterstudiengänge - Studiengebühren durch die Hintertür?.....	14
Studiengebühren im Ausland.....	16
...und was sagen die Parteien dazu?.....	18
Her mit dem schönen Leben - für alle! - Aufruf zur Demo am 8.6.2002 in Düsseldorf.....	25
AGLAC greift an.....	27
Das "Clement-Protokoll".....	29
Bildung - zur Problematik eines Begriffs.....	31
Wenn das mal Schule macht.....	32
"Der ist auf unserer Seite" - Rektor Rauhuts Haltung zu Studiengebühren.....	35

STUDISTREIK IM GANZEN LAND?!

Sozialabbau, Studiengebühren, Abschaffung von Grundrechten, Neoliberalisierung, verstärkte Ausgrenzung und Selektion, Krieg: Wir leben in einer Zeit, in der eine menschlichere Welt in immer weitere Ferne zu rücken scheint.

Wir sehen die Notwendigkeit, Widerstand gegen diese Entwicklungen zu leisten. Doch ohne eine weitergehende Auseinandersetzung, ohne eine genaue Analyse und Kritik der Verhältnisse wird der Kampf um soziale Gerechtigkeit und ein menschliches Bildungssystem nicht gewonnen werden. Diese Broschüre versteht sich in diesem Sinne als Anregung zur Diskussion, erhebt jedoch nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Nicht alle Themen konnten hier ausreichend thematisiert werden. Daher: informiert euch, entwickelt Ideen und werdet (bzw. bleibt) aktiv!

Bildung für ALLE!
Für selbstbestimmtes Leben und Lernen!

AK Bildung und Politik

AK Bildung und Politik (RWTH Aachen): "Studiengebühren fallen nicht vom Himmel"

Aachen, Juni 2002

Kontakt: AK Bildung und Politik
c/o Fachschaft 7/1
Karmanstr. 11
52056 Aachen
email: akbup@gmx.net

GLOBAL DENKEN - LOKAL HANDELN.

Was ist eigentlich GATS?

Das allgemeine Abkommen über Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services = GATS) ist eines von mehr als 20 Handelsvereinbarungen, die von der Welthandelsorganisation (WTO) verwaltet und in Kraft gesetzt werden. Es erfasst alle gesellschaftliche Basisdienstleistungen wie z.B. Bildung, Gesundheitswesen und Wasser. Das GATS wurde 1994 eingerichtet, als Ergebnis der sogenannten „Uruguay-Runde“. Die Gespräche wurden wie geplant 2000 auf den Weg gebracht und sollen bis Dezember 2002 zum Abschluss gebracht werden.

Das Mandat von GATS ist die „Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen“. Anders formuliert bedeutet dies den Abbau der staatlichen Barrieren für die Privatisierung öffentlicher Dienstleistung. Ihr Ziel ist, es Regierungen unmöglich zu machen, öffentliche Dienste auf einer gemeinnützigen Basis zu betreiben, ohne die Beteiligung von privaten Unternehmen.

Zwar räumt der Paragraph 1.3C ein, dass Dienstleistungen als unter Regierungsautorität stehend anerkannt werden können, jedoch nur, wenn sie „vollkommen unentgeltlich“ zu Verfügung gestellt werden. Das bedeutet, dass die in Frage stehende Dienstleistung vollkommen von staatlicher Seite finanziert sein muss, und keine kommerziellen Zwecke haben darf. Keine der oben genannten Dienstleistungsbereiche erfüllt diesen Paragraphen, deshalb wird GATS der WTO erlauben, staatliche Handlungen bezüglich öffentlicher Dienstleistungen durch eine ganze Reihe gesetzlicher Zwänge einzuschränken. Jede Regierung, die den Regeln der WTO zuwider handelt, wird Sanktionen erfahren. Keine staatliche Maßnahme, die den Handel von Dienstleistungen berührt, egal mit welchem Ziel, ist außerhalb des Zugriffs von GATS. GATS-Verhandlungen genügen, wie die WTO insgesamt nicht modernen demokratischen Ansprüchen. Viele Absprachen werden hinter verschlossenen Türen getroffen, es fehlt jegliche parlamentarische Kontrolle, da die

Verhandlungen z.B. auf europäischer Ebene von der EU- Kommission und den nationalen Ministerien geführt werden. Weder Europarlament noch Bundestag haben bei den GATS-Verhandlungen echten Einfluss. Die breite Öffentlichkeit wird nur äußerst marginal informiert.

...und was bedeutet GATS für die Bildung??

Bildung ist ein besonders brisanter Bereich mit bislang geringen Liberalisierungen. Wirtschaftliche Interessengruppen aus den westlichen Industrieländern drängen aber auf Liberalisierung. Das Erziehungssystem soll innerhalb des nächsten Jahrzehnts global privatisiert werden, weil dort unschätzbare Profitbeträge erzielt werden können.

Was bisher zu Bereichen zählte, die für alle Menschen zugänglich sein sollten, wie Bildung und Gesundheitsvorsorge, werden vorgeschlagen, um sie zu Ware zu machen, zu privatisieren , zu verkaufen an den höchst bietenden auf dem freien Markt. Dies käme vor allem denjenigen zu gute, die sich Bildung (in hoher Qualität) leisten können. Ländliche Bereiche oder sozialschwache Gruppen der Gesellschaft sind dagegen für profitorientierte Konzerne meist uninteressant und werden vernachlässigt. Der amerikanische Erziehungsautor Jonathan Kozol nennt dies „Das Überleben der Kinder der Stärksten“, da ein gestuftes Erziehungssystem und soziales Sicherheitssystem die Norm überall auf der Welt werde, während wir kollektiv den Traum allgemeiner Rechte aufgeben. Wir schaffen Topschulen und Gesundheitsversorgungssysteme für die Eliten der Welt und ein gestuftes- oder überhaupt kein System- für diejenigen unter uns, die nicht mehr zählen.

In Europa und vielen anderen Ländern wurde bereits Erziehung auf die Liste des Zuständigkeitsbereiches von GATS gesetzt und öffnen damit ihren Erziehungssektor dem internationalen Wettbewerb. Die EU hat angekündigt, dass jede öffentlich betriebene

Schule in Europa bis zum Ende des Jahrzehnts mit einem Unternehmen zusammengeschlossen werden muss.

Was hat das nun alles mit uns zu tun?? Ganz ehrlich. Wir können nicht genau sagen, was passieren wird, da wie oben erwähnt es nur wenig Transparenz gibt. Die genaue Umsetzung des GATS wird nicht öffentlich diskutiert oder gar demokratisch legitimiert. Wir können aber aus dem was uns bisher bekannt ist die weitere Entwicklung grob skizzieren. Studiengebühren werden nur der erste Schritt sein hin zu einem Bildungssystem, das in seiner Ausrichtung dem Grundrecht auf Bildung für alle Menschen fundamental entgegensteht. Ist dieses Grundrecht erst einmal ausgehöhlt, so ist der Schritt zu weiterer Liberalisierung nicht mehr weit.

Auch die Kürzung der Zuschüsse des Landes an das Studentenwerk gibt erneut Anlass über eine mögliche Privatisierung und ihre Konsequenzen nachzudenken. Die fehlenden Gelder werden letztendlich auf alle Studierenden umgelegt. Langfristig ist eine Privatisierung des Studentenwerkes wahrscheinlich, d.h. es würde den Regeln des freien Marktes unterworfen, was Preissteigerungen und Qualitätsverlust zur Folge hätte.

WTO

Die 1995 gegründete Welthandelsorganisation (WTO – World Trade Organisation) hat derzeit 144 Mitglieder (143 Staaten und die EU). Ziel der WTO ist die fortschreitende Liberalisierung

des Welthandels und die weltweite Sicherung der Eigentumsrechte von Unternehmen. Im Interesse international agierende Konzerne setzt die WTO die weltweite Öffnung der Märkte durch. Immer neue Bereiche werden dem freien Spiel der Marktkräfte ausgeliefert. Dabei zementieren die WTO-Abkommen einmal erreichte Liberalisierung und machen diese unumkehrbar, was schon aus demokratischer Sicht eigentlich unmöglich ist. Vor allem die Europäische Union bemüht sich beständig um eine Erweiterung der Kompetenzen der WTO.

Die drei wichtigsten Grundpfeiler der WTO sind die Abkommen für Warenhandel (GATT- General Agreement on Tariffs and Trade), Dienstleistungen (GATS- General Agreement on Trade in Services) und geistige Eigentumsrechte (Trips – Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights). Für die große Durchsetzungskraft der WTO- Abkommen sorgt das gerichtsartige Streitschlichtungsverfahren.

Hier greift ein kleiner Kreis von Handelsexperten tief in die legislative und exekutive Rolle demokratischer Staaten ein. Die WTO-Richter beurteilen auch Umwelt- und Entwicklungsfragen fast ausschließlich auf der Grundlage der WTO-Handelregeln, sodass der Umwelt-, und Gesundheits- und Arbeitsschutz leicht unter die Räder gerät.

Quelle: www.indymedia.de

Britta und Stefan (AK Bildung und Politik)



STUDIENGBÜHREN FALLEN NICHT VOM HIMMEL!

Über Sozialabbau und Soziale Repression

Eine umfangreiche Medienanalyse ab etwa 1990 zeigt schnell, dass die Einschnitte, von denen wir Studierenden nun bedroht sind, keineswegs eine neuartige Erscheinung sind. Offenbar stehen sie in der unseligen Tradition einer Entwicklung, für die bereits vor zehn Jahren der Begriff "Sozialabbau" geprägt worden ist. Ein weiterer Begriff, auf den bei einer solchen Recherche immer wieder zu stoßen ist, kann mit "Sozialer Repression" am treffendsten beschrieben werden.

Als Auslöser der im folgenden in Kürze chronologisch beschriebenen Entwicklung des Sozialabbaus gilt im allgemeinen die Angliederung der DDR an die BRD, der dadurch notwendige wirtschaftliche Kraftakt zur Angleichung von Ost und West sowie die schnell wachsende Kluft zwischen Arm und Reich bzw. VerliererInnen und GewinnerInnen der "Wiedervereinigung".

1991-1993: Soziale Einschnitte gegen AsylbewerberInnen. Die Bevölkerungsgruppe ohne Rechte und fast ohne Lobby kann rückblickend als Versuchsballon des sozialen Kahlschlags gesehen werden. Prägnante Stationen: "Auszahlung" der sozialen Leistungen nur in Sachmitteln (Essensgutscheine bzw. Fertigessen), menschenunwürdige Wohnunterkünfte, Verbot der Erwerbstätigkeit, Verbot der Mobilität (Residenzpflicht, Auffanglager). Ende dieser Episode mit der faktischen Abschaffung des Asylrechts im Sommer 1993.

1994-1998 Soziale Einschnitte gegen SozialhilfeempfängerInnen. Sachleistungen statt Bargeld wiederholt angedacht, zum Teil durchgesetzt. Verpflichtung zur Zwangsarbeit. Verschiebung des Sozialhilfesatzes nach unten. Nach und nach Einrichtung von menschenunwürdigen "Sammelunterkünften". Abschwächung dieser Episode durch Übergang zum nächsten Schritt.

1998-2001 Soziale Einschnitte gegen Arbeitslose, gleichzeitige Umschichtung des Arbeitsmarktes hin zur Zeitarbeit. Arbeitslose werden unter bestimmten Bedingungen wie SozialhilfeempfängerInnen behandelt. ArbeiterInnen im Dienste von Zeitarbeitsfirmen sind nahezu rechtlos: kein oder kaum Anspruch auf Krankengeld oder Urlaub, kein Kündigungsschutz. Diese Episode dauert bisher ungebrochen an.

Allen Beispielen ist gemeinsam, dass sie vorbereitet und begleitet waren durch eine politische und mediale Inszenierung, die der Stigmatisierung der entsprechenden Bevölkerungsgruppen förderlich sein konnte und oft auch war ("Scheinasylanten, Sozialschmarotzer, Arbeitsunwillige" etc.)

Darüberhinaus fällt unter das Phänomen der Sozialen Repression im wesentlichen die geschürte Angst vor sozialem Abstieg in weiten Kreis der Bevölkerung. Kurz gesagt: Wer nicht pariert, muß mit einer erheblichen Verschlechterung seiner Lebensbedingungen bis hin zu einem teilweise menschenunwürdigen Dasein rechnen. Der unsoziale Leistungsdruck wird erhöht. Das Ergebnis: Immer mehr Menschen leisten immer mehr Arbeit für immer weniger Lohn. Die Definition dessen, welcher Lebensstandard gerecht bzw. menschenwürdig ist, verschiebt sich mehr und mehr zu einem absoluten Minimalismus.

Viele Elemente finden wir heute in der Debatte um Studiengebühren wieder. Den Versuch einer Stigmatisierung ("faule LangzeitstudentInnen, immer partyfeiernde Studierende" etc.) erleben auch wir. Der Schlag mit der Gebührenkeule soll uns vor allem zum Parieren, sprich zu einem schnellen Schmalspurstudium anhalten. Damit würden wir gleichzeitig für die neue Situation am Arbeitsmarkt "gebrauchsfertig" gemacht. Unter minimalen Anforderungen würden wir ein

Maximum an Leistung erbringen, in unserem verzweifelten Kampf, überhaupt "dazugehören" zu dürfen.

Ein auf lange Sicht erfolgreicher studentischer Widerstand gegen die Einführung von Studiengebühren (egal unter welchem Namen sie daherkommen!) darf deshalb nicht dabei stehen bleiben, die Solidarität anderer gesellschaftlicher Gruppen einzufordern. Er muß sich zugleich seinerseits solidarisch erklären und zeigen mit den anderen Menschen in diesem Land, die von der gleichen Entwicklung betroffen sind - allen voran MigrantInnen, Arbeitslose & ZeitarbeiterInnen, SozialhilfeempfängerInnen, aber auch SchülerInnen, Obdachlose, RentnerInnen und Alleinerziehende! Wer von Studiengebühren spricht, muß auch über Sozialabbau reden!! Die Parole "Bildung Für

Alle" kann nur ein Teil der Forderung nach einem menschenwürdigen Leben für alle sein!!!

Literatur zum Thema:

Bauer, Rudolph (u.a.): Einstürzende Sozialbauten - Argumente gegen den Sozialabbau

Butterwegge, Christoph: Sozialstaat und neoliberalen Hegenomie

Butterwegge, Christoph (u.a.): Themen der Rechten - Themen der Mitte

Eicker-Wolf, Kai (u.a.): Die arbeitslose Gesellschaft und ihr Sozialstaat

Hentges, Gudrun (u.a.): Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung

Huster, Ernst-Ulrich: Reichtum in Deutschland - Die Gewinner der sozialen Polarisierung

Werth, Beate: Alte und neue Armut in der Bundesrepublik Deutschland

Thorsten (AK Bildung und Politik)

KEINE FAULEN KOMPROMISSE!

Studienkonten sind Studiengebühren

In den letzten Tagen mehren sich in der Öffentlichkeit die Stimmen, die angeblich Studiengebühren ablehnen. Im nächsten Satz kommt dann meist ein "Alternativvorschlag": Studienkonten. So kann man es von der NRW-Bildungsministerin Gabriele Behler, von den Grünen, aber auch von Petzina, dem Rektor der Ruhr-Uni hören. Diese angebliche Alternative ist jedoch keine. Studienkonten haben ähnliche Auswirkungen wie Studiengebühren.

Studienkonten bedeuten, dass das Studium generell gebührenpflichtig wird. Jeder Studierende hat nur eine bestimmte Anzahl an Semesterwochenstunden (SWS) frei, diese darf sie/er studieren, ohne zu zahlen. Wie viele SWS man frei bekommt, hängt vom Studiengang ab. Verlangt die Prüfungsordnung für einen bestimmten Studiengang z.B. insgesamt 160 SWS, dürfte man ungefähr so viele auf seinem Konto haben (plus ein paar Prozent mehr als Gnaden geschenk). Sind diese verbraucht, muss gezahlt werden. Und zwar nicht zu knapp. In der Diskussion sind 25

Euro pro zusätzliche SWS. Schon für eine weitere Veranstaltung muss man also 50 Euro zahlen. Da sind schnell mal 350 Euro oder mehr in einem Semester zusammen.

Das von Gabriele Behler vorgeschlagene Modell sieht darüber hinaus konkret vor, dass man auf sein Studienkonto nur ein Erststudium machen kann. Zweitstudien sowie Seniorstudien werden trotzdem kräftig belangt. Auch wenn eventuell aus einem Erststudium noch "freie Kapazitäten" bestehen. Man muss sein Erststudium außerdem in einer bestimmten Zeit absolvieren, allerdings bekommt man immerhin die doppelte Regelstudienzeit zugestanden.

Diese Regelung klingt ja erstmal ganz moderat im Vergleich zu den derzeitigen Plänen von Ministerpräsident Clement (650 Euro für alle ab dem 13. Semester). Bei Studienkonten dürfte man die einfache Regelstudienzeit überschreiten, ohne sofort zu zahlen. Es wird daher immer propagiert, dass sich z.B. Studieren mit Nebenjob oder mit Kind so besser realisieren lasse. Bei genauerem

Hinsehen zeigt sich aber: Studienkonten klingen besser, sind aber genauso unsozial. Die meisten Studierenden werden zahlen müssen. Nur wer sich genau an die vorgegebenen Studienabläufe hält, wird ohne Gebühren davonkommen. Die normale Biographie eines Studis sieht aber anders aus: Studienfachwechsel, Auslandsemester oder der Wechsel des Studienortes gehören zur Normalität. Genauso, dass man Veranstaltungen mal abbricht, weil man krank wird oder sich partout mit der/dem DozentIn nicht versteht. Bei all diesen Punkten fallen aber meist zusätzliche Veranstaltungen (also SWS!) an, weil man Stoff nachholen muss etc. Zur Kasse bitte.

Ebenfalls zahlen muss, wer nicht nur das Pflichtwissen lernen will, sondern sich durch zusätzliche Veranstaltungen weiteres Wissen aneignen will. Umfassend gebildete Menschen scheinen nicht gebraucht zu werden. Damit fällt die Uni ein weiteres mal hinter ihren Anspruch zurück, nicht nur Durchlaufstation Richtung Arbeitsmarkt, sondern auch Ort der Bildung, des Wissens und der Kritik zu sein. EinE StudentIn, die sich mit letzt-eren Sachen "aufhalten" will, wird kräftig zur Kasse gebeten. Der Studienablauf wird so über einen Pflichtkanon normiert, vielfältige Studienbiographien scheinen nicht erwünscht. Sonderfall Bochum

Noch völlig unklar ist, wie sich Studienkonten auf Bochum auswirken werden. Denn bisher gibt es nur hier die neuen gestuften Studiengänge (Bachelor/Master). Die Regel soll sein, dass das Erststudium gebührenfrei

ist, für das Zweitstudium soll generell gezahlt werden. Ein Erststudium gilt bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss, dies ist bei gestuften Studiengängen der Bachelor (BA). Die Gebührenfreiheit der Master-Phase kann bei Studienkonten niemand garantieren! Studienkonten sind daher genauso unsozial wie die Gebühren. Der Erwerb eines qualifizierten Hochschulabschlusses ist damit nur noch Menschen möglich, die aus reichen Familien kommen und sich das Studieren leisten können. Der Studienabbruch dürfte damit auch bei diesem Modell für viele zur Regel werden. Die Lenkungswirkung, die Gebühren angeblich haben sollen, gibt es nicht.

Mit Studienkonten ändert sich aber auch das Verständnis von Bildung völlig. Denn zur Zeit ist Bildung an der Uni frei zugänglich (wenn man es schafft, sich das sonstige Leben zu finanzieren ...). Mit Studienkonten wird aus dem freien Zugang ein künstlich eingeschränkter. Bildung wird zu einer verkäuflichen Ware. Dies entspricht nicht dem Bildungsverständnis, welches wir haben: Bildung ist ein Grundrecht und muss es bleiben!

Unser Streik muss sich deswegen gegen jede Art von Studiengebühren richten - auch gegen Studienkonten. Lassen wir uns nicht durch einen faulen Kompromiss über den Tisch ziehen!

Johannes Bock
Fachschaftsrat Musikwissenschaft

gefunden in der BSZ Nr 560 (Bochumer Stadt- und Studierendenzeitung)

--> www.ruhr-uni-bochum.de/bsz/



FUNKTION UND UMBAU DER UNIVERSITÄTEN

oder alter Wein in neuen Schläuchen

Intro

Bundesweit werden, wenn auch mit regionalen Unterschieden, die Hochschulen nach "neoliberalen" Kriterien umgebaut und die StudentInnen mit einer "Phraseologie des Grauens" (z.B. "Ergebnissteuerung", "Drittmittelfinanzierung", "konsekutive Studiengänge", "marktadäquate Weiterbildungsangebote" etc., etc.) traktiert. Im Zuge dieser Entwicklung und der drohenden Privatisierung von (finanziell lukrativen) Teilen des Bildungssystems durch das GATS (General Agreement on Trade in Services = Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) regen sich langsam selbst in der BRD Anfänge des studentischen Protests. Diese sollten als Chance begriffen werden. Vereinzelt und unorganisiert, wird es nicht möglich sein, mühsam erkämpfte studentische Freiräume zu verteidigen und eine weitere Verschärfung der Bedingungen (z.B. Zugangsbeschränkungen, Senkung des Zeitlimits, Erhöhung der Leistungsanforderungen) zu verhindern. Allerdings beschränken sich leider viele Protestierende darauf, ihre Forderungen nach mehr Geld, durch die Anbiederung an den "Standort" zu legitimieren, oder das (idealisierte) bisherige Bildungssystem zu verteidigen. Dabei wird vor allem der "Einflußverlust der demokratisch gewählten Parlamente und Regierungen" beklagt. Geflissentlich wird außer Acht gelassen, dass es ja gerade die Parlamente und Regierungen sind, die Verträge wie das GATS und die Umbaumaßnahmen vorantreiben. Außerdem stellen auch die jetzigen Unis keinen Ort der Emanzipation dar, sondern bereiten die Studierenden durch Leistungsdruck und Selektion auf den Arbeitsmarkt vor. Wir werden uns daher bemühen, in diesem Text kurz die Funktion der Unis im Kapitalismus aufzuzeigen, bevor einige Tendenzen und Auswirkungen der aktuellen Veränderungen dargestellt werden. Außerdem werden wir

versuchen, Alternativen zum jetzigen Unibetrieb zu entwickeln. Es ist uns natürlich klar, dass alle im Text angesprochenen Punkte ausführlicher erörtert werden könnten und sich auch noch viele zusätzliche finden ließen

Funktion der Unis im Kapitalismus

Das Bildungssystem ist ein integraler Bestandteil der herrschenden Verhältnisse. Das Bildungssystem zu kritisieren, muss auch heißen, gesellschaftliche Verhältnisse in Gänze zu kritisieren! Die Universität ist - trotz oder gerade wegen der "Freiheit von Forschung und Lehre" - eine Institution, die Menschen in der Lehre mittels Konkurrenz und Leistungsdruck für den Arbeitsmarkt normiert. Gleichzeitig wird in der Forschung der Verwertung des Wissens (Patentrecht) Priorität gegenüber ihrer Hauptstütze, dem kommunikative Informationsaustausch, eingeräumt. Diejenigen, die die Selektion in der Schule am besten überstanden haben, werden hier weiter zur Elite geformt. Die Anerkennung der Pflicht, im gesellschaftlichen System zu funktionieren, wird an den Schulen mittels Zwang verinnerlicht. Dieser Prozeß setzt sich an den Universitäten auf (scheinbar) freiwilliger Basis fort. Zwang erfolgt dort durch den drohenden Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt und den zeitlichen Rahmen, der vorgegeben wird, diese Konkurrenz so früh wie möglich zu "genießen". Wie diese Zeit- und Zielvorgaben umgesetzt werden, bleibt im Ermessen der Studierenden, die jedoch ständig daran erinnert werden, Leistung auch zu bringen und freie Zeit nicht selbstbestimmt zu nutzen. Dabei "helfen" u.a. Studien- und Prüfungsordnungen, Zwangsexmatrikulationen, drohende BAföG-Streichungen und in naher Zukunft wohl auch bundesweit Studiengebühren, zumindest für die als "faul" diskriminierten

Langzeitstudierenden.

Der Aufwand für permanenten Zwang wäre schließlich auch zu groß. Das gesellschaftliche System und zuvorderst der Arbeitsmarkt braucht Menschen, die freiwillig funktionieren. Wie wenig ein universitäres Studium mit freier und selbstbestimmter Bildung zu tun hat, zeigt sich auch daran, dass die StudentInnen, als mit Abstand größte Gruppe der Universität, keine nennenswerten Mitbestimmungsrechte haben. Der gewährte Freiraum endet dort, wo die Grundlagen der Institution Universität und ihrer Funktion getroffen würden. Die künstliche Trennung in "Lehrende" und "Lernende", die Lehrinhalte, die Art ihrer Vermittlung etc. sollen als gegeben und notwendig anerkannt werden. Mit der Schaffung der Akzeptanz von Autorität und vorgeblichen "Notwendigkeiten", wird die Universität ihrer Rolle als Bindeglied zwischen Schule und Arbeitswelt gerecht. Dafür winkt braven Studierenden, die ihre Leistungs- und Anpassungswilligkeit beweisen, die Zugehörigkeit zur Elite; sie können es in dieser Gesellschaft zu etwas bringen. Diese (Aus)Bildung dient also nicht der Selbstentfaltung, sondern orientiert sich an wirtschaftlichen Interessen. Durch konstruierte Lehrpläne, ohne Bezug zu individuellen Interessen von Menschen, durch Lehrinhalte, die in einem festgelegten Zeitrahmen absolviert werden müssen, wird weder die selbstbestimmte Entwicklung und Entfaltung des Individuums noch Kreativität und Kritikfähigkeit gefördert.

Aspekte des "neoliberalen" Hochschulumbaus

Auch wenn die Funktion der Universitäten im großen und ganzen gleich geblieben ist, so geht der Wandel in den kapitalistischen Staaten nicht spurlos an den Hochschulen vorüber. Wie angekündigt, hier nun einige... Aspekte des "neoliberalen" Hochschulumbaus

Privatisierung des öffentlichen Raums Universität

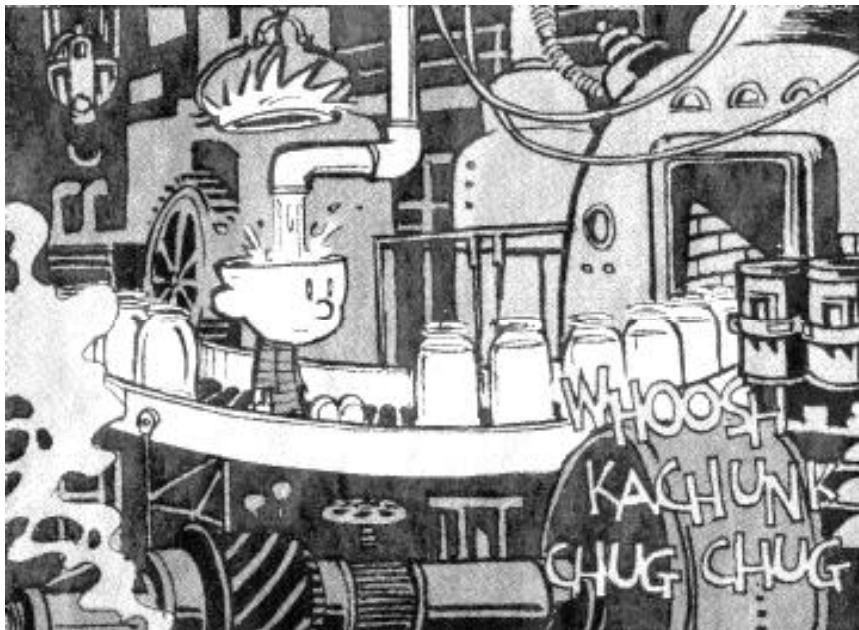
Einhergehend mit der Ideologie des freien Marktes, der angeblich die effektivsten Lösungen produziert und Chancengleichheit für alle bietet, wird selbst der theoretische

10

Anspruch der Universität als öffentlicher Raum nach und nach aufgegeben. Zu nennen ist hierbei vor allem das auch von der EU ratifizierte GATS, welches vorsieht, dass früher oder später privaten Unternehmen Zugang zu allen nicht rein staatsmonopolistisch geführten Dienstleistungssektoren gewährt werden muss. Eine der Auswirkungen dieses "neoliberalen" Trends sind Pläne zur Umsetzung von "Hochschulautonomie" und "Globalhaushalten", welche den Unis die Umwandlung in private Rechtsformen ermöglicht. Weitere sind die verstärkte Einwerbung von Drittmitteln, privatwirtschaftliche Betätigung, eigene Auswahl von Studierenden und Studienschwerpunktsetzung. Durch die chronische Unterfinanzierung wird ihnen dann auch nichts anderes übrig bleiben. In Zusammenhang damit ist auch die Ausbreitung von (kommerzieller) Werbung an den Unis zu sehen, die zudem ein Klima des Konsumterrors schafft, welche die StudentInnen immer auch an ihre Rolle als KonsumentInnen (und die dafür "notwendigerweise" zu erbringende Leistung) erinnert

Studiengebühren und (Aus)bildung als Ware

Schrittweise werden in verschiedenen Varianten (neuerdings Studienkonten und Bildungsgutscheine) Studiengebühren eingeführt. Zur besseren Legitimation trifft es zuerst die als "faul" diskriminierten Langzeitstudierenden, aber prinzipiell ermöglicht die sechste Novelle des HRG (Hochschulrahmengesetzes) den Bundesländern, Gebühren schon ab dem ersten Semester zu erheben. Studiengebühren bedeuten nicht nur eine Verschärfung der (sozialen) Selektion und des Leistungsdrucks und damit auch eine weitere Einschränkung des individuellen Gestaltungsspielraums, sondern auch die Transformation der (Aus)bildung in eine Ware. Für ihre bessere Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt, sollen die StudentInnen zahlen – oder anders ausgedrückt: in ihr persönliches Humankapital investieren. Dazu passt auch die Forderung zur Verkürzung der Studienzeiten und der Trend zur Schaffung kostenpflichtiger Weiterbildungsangebote. In möglichst kurzer



Zeit soll sich das nötige Wissen für den Arbeitsmarkt angeeignet und später immer wieder auf eigene Kosten aktualisiert werden.

Verschärfung von Ausgrenzung, Selektion und Repression

Die mit dem "Neoliberalismus" einhergehende Verschärfung des Konkurrenzkampfes spiegelt sich auch an den Unis wieder. Ein Beispiel dafür ist die Einführung konsekutiver und modularisierter Studiengänge (Bachelor/ Master), die unter dem Vorwand der "internationalen Vergleichbarkeit von Studienabschlüssen" eine Verschulung des Studiums (Bachelor) forcieren - eine "wissenschaftliche Ausbildung" steht dann nur noch denen zu, die genügend Leistung für einen Master-Abschluß bringen. Zu der zunehmende Verregulierung passt aber auch die Umwandlung von Studienausweisen in Chipkarten. Diese eröffnen neue Möglichkeiten, Seminarbesuche zu kontrollieren und den Zugang zu universitären Bereichen zu beschränken. Waren die Bildungsmöglichkeiten schon immer durch unterschiedliche Finanzlage und Schulabschluß eingeschränkt, so stehen inzwischen auch die Mittel zur Verfügung "störende Elemente" (Obdachlose und andere Marginalisierte) vom Universitätsgelände fernzuhalten. Dazu sind Videoüberwachung und Einsatz von Sicherheitsdiensten nützliche

Instrumente und haben dementsprechend Hochkonjunktur. Die Unis sollen ja schließlich "sauber und sicher" sein. Elitebildung und Ausgrenzung sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

Alternativen ...?

Alternativen ...? Eine Uni unserer Vorstellung müsste ein Ort sein, an dem Menschen (unabhängig von Alter, Vorkenntnissen und sonstigen Ausgrenzungsmechanismen) zusammenkommen können, um sich gemeinsam und gleichberechtigt nach ihren eigenen Interessen zu bilden, ohne einem Verwertungszwang zu unterliegen. Dies ist zwar unter den strukturellen Sachzwängen des Kapitalismus bestenfalls ansatzweise zu verwirklichen, aber wir wollen auch nicht auf einen Zustand "nach der Revolution" warten. Ein Anfang könnte z.B. die Organisation alternativer Seminare sein. Diese stellen nicht nur ein "Experimentierfeld" für Selbstorganisation dar, sondern bieten auch die Chance, sich bereits im hier und jetzt möglichst gleichberechtigt mit selbstgewählten Themen zu befassen. Die Alternativen sollten Ausgangspunkt sein, die eigenen Spielräume zu erweitern, gleichzeitig müssen wir aufpassen, nicht nur als Innovationspotential in die Annalen des Kapitalismus einzugehen.

gefunden bei:

--> www.opentheory.org

WAS KOSTET EIGENTLICH EIN LANGZEITSTUDENT?

Ein Zwischenruf zu dem Beschuß der Kultusminister von Meiningen

In den Meininger Beschlüssen der Kultusministerkonferenz (Gebührenfreies Studium für Regelstudienzeit plus vier Semester, Anm. der Red.) wurde nicht nur die Gebührenfreiheit des grundständigen Studiums vereinbart, sondern auch das Tor für Gebühren für sogenannte Langzeitstudenten - wie sie in Baden-Württemberg schon eingeführt wurden, weit aufgeschlagen. Auch wenn dieser Beschuß in den Ländern unterschiedlich genutzt wird, fokussiert sich nun die Diskussion auf den richtigen Umgang dieser Gruppe von Studenten. Diese würde, so die Argumentation insbesondere des niedersächsischen Wissenschaftsministers Thomas Oppermann (SPD), zu viele Ressourcen verbrauchen. Tatsächlich aber basiert diese Behauptung auf unausgegorenen Überlegungen. Bei genauerem Hinsehen sind Langzeitstudierende eher eine Entlastung der öffentlichen Haushalte als eine Belastung.

So steckt hinter der These von den teuren Langzeitstudierenden die Vorstellung, die zusätzlichen Kosten des Studiums stiegen mit der Semesterzahl. Diese Vorstellung ist irrig. Studierende, die beispielsweise aufgrund von Kindererziehung, oder weil sie einer Beschäftigung nachgehen, länger eingeschrieben sind, besuchen während der Regelstudienzeit weniger Veranstaltungen und erbringen weniger Leistungsnachweise als Studierende, die in der Regelstudienzeit das Studium abschließen. Am Ende des Studiums werden sie aber die gleiche Anzahl von Leistungen erbracht haben, also die gleiche Menge an Ressourcen genutzt haben. Und selbst wenn Studierende mehr Veranstaltungen besuchen, so kosten sie nicht zwingend mehr, denn die Kosten fallen insbesondere durch Prüfungsleistungen an. Da es annahmegemäß keinen Sinn macht, sich öfter einer Examensprüfung zu unterziehen, ist

es also unerheblich, wieviel Zeit zwischen Erstimmatrikulation und Examen liegt. Wenn weitere, nicht obligatorische Vorlesungen besucht werden, so verursacht dies keine zusätzlichen Kosten (Grenzkosten), solange der Hörsaal nicht überfüllt ist. Eine Gebühr auf diesen zusätzlichen Besuch von Vorlesungen wäre ökonomisch gesehen höchst ineffizient, da der effiziente Preis den Grenzkosten entspricht, die hier Null sind.

Eine zweite Argumentation zielt darauf ab, daß die Universitäten in Abhängigkeit der Studierendenanzahl finanzielle Mittel zugesprochen bekommen. Deshalb wären die Leistungen des Staates an die Hochschulen umso höher, je länger die Studierenden an der Hochschule verweilen würden. Wer sich mit den Hochschulfinanzen näher beschäftigt, der weiß, daß sich die Mittel nur an den Studierenden der Regelstudienzeit orientieren. Studierende im zwölften Semester beispielsweise bescheren der Hochschule keine zusätzlichen Einnahmen und somit dem Steuerzahler keine zusätzlichen Ausgaben.

Ein dritter Argumentationsstrang zielt auf die fiskalen Opportunitätskosten. Das sind die Steuereinnahmen des Staates, auf die dieser verzichten muß, weil der Student statt einer Beschäftigung nachzugehen ein Langzeitstudium absolviert. Dies gilt aber zwingend nur in einer Situation mit Überbeschäftigung, nicht in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit. Zwar finden natürlich Hochschulabsolventen in ihrer übergroßen Mehrheit eine Beschäftigung, bei dieser Frage geht es aber darum, ob kürzere Studienzeiten auch wirklich das Arbeitsvolumen ausweiten würden. Wenn nicht, dann verdrängt der eine den anderen vom Arbeitsmarkt und der Fiskus sowie der Parafiskus (Sozialversicherungen) haben keinerlei zusätzliche Einnahmen. Das

Arbeitsvolumen erhöht sich dann, wenn die Nachfrage zunimmt. Studierende schaffen aber keine neue Nachfrage nach Gütern und Diensten, nur weil sie einen Hochschulabschluß haben. Das ist der Unterschied zu Einwanderern, die neue, zusätzliche Nachfrage mitbringen. Es ist sicherlich nicht richtig, das Arbeitsvolumen als konstant anzusehen, aber in der Diskussion um Langzeitstudiengebühren werden die Arbeitsmarktpolitischen Wirkungen völlig überschätzt, indem makroökonomische Zusammenhänge ignoriert werden.

In der Hochschule befinden sich, so ein vierter Argumentationsstrang, potentielle Unternehmensgründer, die ihren Abschluß herbeisehnen, um endlich unternehmerische Aktivitäten entfalten zu können. Dies ist zweifellos richtig, ob diese aber gerade die Langzeitstudierenden sind, darf bezweifelt werden, zumal für diese der Anreiz für einen schnellen Abschluß sowieso schon vorhanden ist und nicht erst durch das Androhen einer Gebühr in vierstelliger Höhe geschaffen werden muß.

Diese Kostenbetrachtung sollte um die gesparten Kosten des Staates durch das Verbleiben an den Hochschulen erweitert werden. Solange jemand eingeschrieben ist, hat er keinen Anspruch auf Zuwendungen wie die Sozialhilfe. Studentenspezifische Sozialleistungen gibt es sowieso nicht mehr, da die Förderung durch das BAföG an die Regelstudienzeit gekoppelt ist. Insofern sollte sich die Politik überlegen, ob sie wirklich einen Anreiz zum Verlassen der Universität schaffen möchte. Schon heute registrieren die Hochschulen verstärkt den Fall, daß Studierende ihr Studium kurzfristig abbrechen, um aus einer zeitlich befristeten Notlage heraus Sozialhilfe beantragen zu können. Wenn diese dann nach ein oder zwei Jahren zurückkehren, dann haben sie die Abbrecherquote nach oben getrieben. Soviel zur Abbruchsstatistik. Ähnlich verhält es sich mit den Beiträgen zur Sozialversicherung. Studierende werden über ihre Eltern in die Krankenversicherung integriert, doch müssen sich Studierende selbst versichern, wenn sie das 25. Lebensjahr (entsprechende Verlängerung durch Pflichtdienste) vollendet haben.

Auch die geringfügige Beschäftigung vieler Studierender schafft keine sozialen Kosten, die spezifisch auf die Immatrikulation zurückzuführen sind. Studierende, die über 630-DM-Jobs ihren Lebensunterhalt mitfinanzieren (und dies betrifft einen großen Teil), können durch diese Tätigkeit anderen Personen die Integration auf dem Arbeitsmarkt erschweren, doch dies ist kein besonderes Problem durch die Studierenden. Im Gegenteil: Eine weniger restriktive Ausbildungsförderung würde den Anreiz oder Zwang zu einer solchen Beschäftigung vermutlich eher senken und somit positive Effekte für die Arbeitslosenstatistik ausüben. Eine Strafgebühr würde sich folglich entsprechend gegenteilig auswirken.

Langzeitstudiengebühren schaffen einen Anreiz, den Studierendenstatus zu verlassen und sich in die Arbeitslosenstatistik einzureihen. Der dann entstehende Anspruch auf Sozialleistungen belastet die Haushalte und dies vielleicht in stärkerem Maße als die entgangenen fiskalen Einnahmen durch verbilligte Theaterbesuche usw. Die Begründung für diese Studiengebühren entpuppt sich als Gerede.

Sinnvoll wäre es auf jeden Fall, Studierenden in höheren Semestern eine Hilfe zum Abschluß anzubieten. Argumente für solche Hilfsmaßnahmen, die an den Ursachen des langen Studiums ansetzen, gibt es zuhauf.

Salvatore Barbaro

erschienen in der Frankfurter Rundschau am 6. Juni 2000

Quelle: Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS)
--> www.gute-bildung.de/hintergrund/langzeitkosten.php

PROBLEMFALL MASTERSTUDIENGÄNGE

Studiengebühren durch die Hintertür?

Wer kennt sie nicht, die Diskussion um Sinn und Unsinn der neuen Bachelor- und Masterstudiengänge? Der Ursprung dieser beiden Abschlüsse liegt zwar im angelsächsischen Raum, innerhalb der nächsten Jahre sollen sie aber auch an deutschen Unis wesentlich an Bedeutung gewinnen und früher oder später Diplom und Magister ablösen.

Und was versteht man nun genau unter Bachelor und Master?

Der Bachelor ist ein Kurzstudiengang (Dauer maximal 6 Semester/3 Studienjahre) der zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss führen soll und eher praktisch angelegt ist. Auf diesem Abschluss aufbauend kann noch der mehr wissenschaftlich orientierte Masterstudiengang (mit einer Dauer von 2 bis 4 Semestern) absolviert werden.

Die Hoffnungen, die deutsche Bildungsexperten damit primär verbinden, sind verkürzte Studienzeiten mit einer geringeren Quote von Studienabbrechern und eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Universitäten im internationalen Vergleich.

Im Gegensatz dazu sehen die Kritiker dieser neuen Studienabschlüsse die größten Gefahren in einer Verschulung des Hochschulwesens durch die Einschränkung der Wahlmöglichkeiten sowie in einer Elitenbildung, da es im Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium Zulassungsbeschränkungen geben wird.

Aber wie kam es eigentlich zur Einführung von Bachelor und Master an deutschen Universitäten?

Im Mai 1998 kommt es zwischen Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland zur Unterzeichnung der Sorbonne-Erklärung, deren Ziel es ist, einen europäischen Hochschulraum zu schaffen.

Im Anschluss an diese Erklärung wird im August 1998 das Hochschulrahmengesetz

(HRG) novelliert, wo in §19 die Einrichtung von Studiengängen „die zu einem Bachelor- oder Bakkalaureusgrad und zu einem Master- oder Magistergrad führen“ gestattet wird.

Im März 1999 erfolgt ein Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) zu „Strukturvorgaben für die Einrichtung von Bachelor-/Bakkalaureus- und Master-/Magisterstudiengängen“

Im Juni 1999 wird von 29 europäischen Staaten die Bologna-Erklärung unterzeichnet, welche die Unterzeichnerstaaten zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen verpflichtet. Dadurch soll die Mobilität der europäischen Studenten immens gesteigert werden.

Als Folgekonferenz der Bologna-Konferenz wird im Mai 2001 eine Treffen in Prag abgehalten an deren Ende das Prager Kommuniqué unterzeichnet wird. Hierin bekennen sich die 29 Unterzeichnerstaaten zur Qualitätssicherung der neuen Studienabschlüsse.

Welche Rolle aber spielt die Umstrukturierung der Hochschul- und Fachhochschulabschlüsse angesichts der aktuellen Proteste gegen Studiengebühren?

Da bereits der Bachelor einen ersten berufsqualifizierenden Studienabschluss darstellt, besteht die Gefahr, dass irgendwann auch für Masterstudiengänge als Aufbau- bzw. Zweitstudium Gebühren erhoben werden.

Dies ist im Moment zwar noch nicht geplant wenn Bachelor- und Masterabschluss unmittelbar aufeinander folgen, aber ob das für die Ewigkeit festgeschrieben wird ist noch ungewiss.

Und wie sieht es für Studenten in Sachen Studiengebührenfreiheit aus, die nach dem Bachelor die Universität verlassen und erst einmal für einige Jahre ins Berufsleben wechseln möchten um ihren Masterabschluss erst später zu absolvieren? Oder wie sieht die Situation für ausländische Studenten aus, die ihren Bachelor bereits im Heimatland gemacht

haben und ihren Master nun in Deutschland erlangen wollen? Alle diese Fragen sind in der bisherigen Diskussion um Studiengebühren noch nicht annähernd beantwortet worden. Dies könnte dazu führen, dass die aktuelle Debatte um die Einführung von Studiengebühren für das Senioren-, Langzeit- und Zweitstudium irgendwann auch den Masterabschluss betrifft. Damit wären alle Vorteile, die Bachelor und Master für die Übertragbarkeit von Studienleistungen aus Deutschland ins Ausland und vom Ausland nach Deutschland sowie für die Flexibilität der Studierenden (nach dem Bachelor erst einmal arbeiten gehen und den Master später machen) haben ad absurdum geführt.

So eine Neuerung hat immer etwas Spannendes an sich. Doch sollte man die Konsequenzen, die die Einführung von Bachelor und Master mit sich bringt, genauer reflektieren.

Die europäische und internationale Transparenz soll gefördert werden, so dass ein Wechsel der Universität sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes vereinfacht und entsprechende Studienleistungen besser anerkannt werden können. Eine glorreiche Idee, zumindest wenn man außer Betracht lässt, dass fast jede Uni eine andere Regelung hat. Einmal dauert der Bachelor 4 Jahre und das Masterstudium nur ein Jahr, an anderen Universitäten jedoch sind 3 Jahre bis zum sogenannten B.A. und 2 Jahre für den M.A. angesetzt. Immerhin sind sie sich einig, dass der ganze Spaß insgesamt 5 Jahre dauern soll. Um aber noch ein wenig mehr Verwirrung hereinzubringen, ist auch die Regelung, ob und wie viele (Neben-)Fächer man studiert von Uni zu Uni anders. Im „Normalfall“ soll man bis zum B.A. ein Hauptfach und ein Nebenfach studieren. Das Nebenfach fällt dann beim M.A. weg. Jedoch gibt es auch Modelle, bei denen man nur 1 Hauptfach studiert oder direkt 2 oder mehr Nebenfächer absolviert. Ob dadurch eine größere Transparenz gewährleistet wird ist fraglich.

Zusätzlich erhofft man sich, die Abbrecherquote zu verringern, da früher ein Abschluss erreicht wird. Doch sollte man sich an dieser Stelle fragen, ob die Meisten nicht gleich nach dem ersten oder zweiten Semester

merken, dass das auserwählte Fach nicht ganz das Richtige war, oder ob sie damit warten, bis sie sowieso kurz vor ihrem Abschluss stehen.

Auch soll das Studium klarer strukturiert und das Prüfungssystem besser darauf abgestimmt sein. Diese Straffung der Studienzeiten hindert Studenten, die sich durch jobben ihr Studium selbst finanzieren müssen, dieses zu absolvieren. Außerdem hat die Änderung zur Folge, dass man sich nicht mehr so breitgefächert bilden kann wie es im Moment noch der Fall ist, sondern nur zielstrebig auf den zukünftigen Beruf hinarbeitet.

Bei den Geisteswissenschaften ergibt sich zusätzlich als Problem, dass „der Beruf“ als solcher in den meisten Fächern gar nicht existiert. Wie kann man auf etwas hinarbeiten, von dem man nicht einmal weiß, wie es aussieht? Gerade in diesen Bereichen geht es darum, ein breites Basiswissen zu erhalten. Somit verliert die Universität ihren Status als Bildungseinrichtung, die die Fähigkeit zu kritischem Hinterfragen vermitteln und gesellschaftliche Erneuerungsprozesse in Gang setzen soll. Sie wird zu einer Ausbildungsstätte umfunktionalisiert. Das Master-Aufbaustudium führt indirekt zu einem Zwei - Klassen - System. Der günstige Bachelor-Abschluss stellt der Wirtschaft preiswertere Arbeitskräfte zur Verfügung. Der Masterabschluss wird zu einem Aufbaustudium mit entsprechenden Studiengebühren umgewandelt, da bereits ein anerkannter Abschluss vorhanden ist. Somit ist er nur noch denjenigen zugänglich, die sich das auch finanziell leisten können.

(Quellen: Lange, Josef: Der europäische Hochschulraum – Erfolge und Perspektiven, in: Die politische Meinung, Nr.389 (47.Jg.) April 2002.

Philfalt Ausgabe 62

www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,125322,00.html, 11.06.02, 12:05./
www.stura.uni-leipzig.de/publikationen/handblatt_ba-ma.html, 11.06.02, 13:00.

Andrea & Ina (AK Bildung und Politik)

STUDIENGEBÜHREN IM AUSLAND

Zu unterscheiden sind vier Grade von Gebühren :

- + Das Studium ist kostenlos : Dänemark & Griechenland
- + Es muss nur ein Sozialbeitrag bezahlt werden (max 73€) : z.B. Schweden, Finnland
- + Einschreibe-/Studiengebühren (bis 4580 €) : z.B. England, Österreich, Irland, Spanien, Portugal, NL, Belgien
- + Einschreibegebühren + Sozialbeiträge : z.B.: Frankreich, Italien, Island

Frankreich

Staatliche Hochschulen : 140 – 305 € / Jahr (Einschreibegebühren)
private Hochschulen : bis 6100 € / Jahr

USA

public colleges / universities : 4000 \$ - 13000 \$ / Jahr
private colleges / universities : 11000 \$ - 25000 \$ / Jahr

Großbritannien

unterscheidet zwischen Engländern / EU- Ausländern sowie Nicht-EU-Ausländern.
erstere bezahlen für ein Studium 1640 € ,
letztere je nach Studiengang und Uni 7350 € - 24500 €

Österreich

360 € / Jahr

Italien

Gebühren von ca. 500 € / Jahr, Anhebungen sind geplant
[1]

Der Verweis auf andere Länder ist zur Begründung von Studiengebühren in Deutschland aufgrund anderer Hochschulsysteme, Bildungstraditionen, Stipendiensituation und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen ungeeignet. Insbesondere führt der Rückgriff auf die Erfahrungen mit Studiengebühren in angelsächsischen Ländern - an amerikanischen Privatuniversitäten beispielsweise - wegen der erheblich anders gearteten Universitätstradition nicht weiter. Wenn der bildungs-, standort- und sozialpolitische Grundsatz aufrechterhalten werden soll, dass junge Menschen aus ärmeren Bevölkerungsschichten nicht über

Gebühren vom Studium abgehalten werden dürfen, dann scheiden die USA als Vorbild von vornherein aus, ebenso Japan. In den Vereinigten Staaten erzwingt zudem die zunehmende Krise des Bildungswesens Überlegungen, auch Hochschulen stärker öffentlich zu subventionieren. Da außerdem in den USA 95% aller Studenten ein Stipendium erhalten, ist ein Vergleich zu Amerika aus finanziellen Gründen (= Haushaltlöcher stopfen) kaum sinnvoll.

Dass Studierende in anderen Ländern Studiengebühren unterschiedlicher Höhe mehr oder minder klaglos zahlen, liefert keine zwingenden Gründe für die Einführung

derartiger Gebühren in Deutschland. Mehrere Mitgliedstaaten der EU können auf Studiengebühren trotz größerer Haushaltsprobleme verzichten. Und europäische Erfahrungen - beispielsweise in der Schweiz - zeigen auch, dass Studiengebühren beziehungsweise ihre Erhöhung vom Studium abhalten.

Ein ehrlicher Vergleich mit anderen Ländern müsste also nicht nur die Existenz solcher Gebühren nennen, sondern auch deren Folgen exakt recherchieren und dokumentieren. (was wir aufgrund der kurzen Zeit noch nicht ausreichend tun konnten!)

Die Folgen der Einführung von Studiengebühren im Ausland

Die Folgen von Studiengebühren beschränken sich nicht nur auf die Benachteiligung von sozial Schlechtergestellten, die ihr Studium aus finanziellen Gründen abbrechen müssen.

Wie im Beitrag über das GATS Abkommen (vgl. den Artikel in diesem Reader) klar wird, bedeutet die Einführung solcher Gebühren automatisch einen Schritt in Richtung Privatisierung des Bildungswesens. Und diese hat weitaus größere Auswirkungen, wie Beispiele aus dem Ausland zeigen.

Zunächst seien hier Zahlen aus Österreich angeführt :

Nach der Einführung der Studiengebühren ist dort die Anzahl der Studenten um durchschnittlich 13,8% gesunken. Besonders der Anteil der weiblichen Studierendenschaft ist stark (20%) zurückgegangen, was auch zeigt, dass das politische Ziel der Gleichberechtigung durch die Einführung der Gebühren stark gefährdet ist.[2]

Jedoch möchte ich anmerken, dass die alleinige Betrachtung von solchen statistischen Zahlen immer die Gefahr der Manipulation birgt :

So berichtet Wolfgang Clement in seiner Stellungnahme vom 10.6.02 [3], dass die Zahl der Studierenden in Baden-Württemberg nach Einführung von Langzeitgebühren um 17% zugenommen hat. Dass diese Zunahme nicht durch die Einführung der Gebühren bedingt sein kann, sollte jedem klar sein. Also muss

es noch weitere Umstände geben, die die Studierendenzahlen beeinflussen (demographische Entwicklung, Arbeitsmarktlage, etc.)

Es muss also bei allen statistischen „Fakten“ immer Vorsicht herrschen, damit diese nicht fehlinterpretiert werden.

In Staaten, wo das Bildungswesen immer stärker in privater Hand liegt, werden jedoch ganz andere Folgen sichtbar, dies zeigen Beispiele aus Australien und den USA :

- + Gebäudeteile werden an Plattenläden, Banken oder Fast-Food-Ketten vermietet, um Geld für die Forschung zu gewinnen, Werbeplakate und Firmenlogos zieren die Wände.
- + Da sowohl die Studenten auf Stipendien als auch die Universitäten auf Drittmittel aus der Wirtschaft angewiesen sind, werden nur noch Fachbereiche unterstützt, die für die Wirtschaft nützlich sind. Viele Fachbereiche der Geisteswissenschaften mussten geschlossen werden, allein wirtschaftsrelevante Studienrichtungen wie der IT-Bereich werden massiv unterstützt. Die Folge ist eine Einschränkung der Bildungs- und Berufsfreiheit.
- + Auch die Freiheit der Forschung und deren Unabhängigkeit ist stark gefährdet :
So entzog Nike drei Universitäten (Michigan, Oregon und Brown) die finanzielle Unterstützung, weil Studenten die Praktiken des Konzerns kritisiert hatten.
- Während des Kartellverfahrens gegen Microsoft bekam das Unternehmen zahlreiche positive Gutachten. Problematisch ist nur, dass Microsoft eben jene Institute mitfinanziert.
- + Zudem sind die demokratischen Strukturen der Hochschulen mit einer Privatisierung derselben kaum vereinbar, da der Student zu einem bloßen Kunden verkommt, dem keinerlei Mitbestimmung mehr eingeräumt wird. Ihm bleibt nur die Möglichkeit, woanders zu studieren. Beispielhaft sei hier der schweizer

Konzern Novartis genannt, dem nach einer Spende ein Vorschlagsrecht für 2 von 5 Sitzen im Forschungsausschuss eingeräumt wurde. Die Folge : Es bestimmt, wer bezahlt. [4]

Die Einführung der Studiengebühren und die befürwortenden Argumente müssen also sehr kritisch und objektiv betrachtet werden. Sie sind zudem auch im Kontext einer bevorstehenden Privatisierung des Bildungswesens zu sehen. Eine Entscheidung für Studiengebühren würde gleichzeitig eine Weichenstellung für diesen Prozess bedeuten, der uns viele hart erkämpfte Errungenschaften in unserer Kulturentwicklung (Berufsfreiheit, Objektivität der Forschung, das

Ideal einer von sozialen Umständen unabhängigen Bildung, etc.) langsam aber sicher wieder entziehen wird, um wirtschaftliche Interessen besser befriedigen zu können.

Quellen :

- [1] Daten zusammengetragen aus zahlreichen Internetquellen, da keine vollständig bzw. aktuell war.
- [2] www2.uibk.ac.at/service/c115/service/unizeitung/uz16.pdf
- [3] Stellungnahme erhältlich unter www.nrw.de
- [4] www.oeh.univie.ac.at/unique/unique3/nr3_neoliberal.htm

Christoph (AK Bildung und Politik)

...UND WAS SAGEN DIE PARTEIEN DAZU?

1. Die SPD

„Bildung ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts“

Ja, liebe SPD, das ist wohl richtig so, aber warum gebt ihr denn dann eine unsoziale Antwort?

Ihr Ziel :“Bildung für alle!” ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber jetzt mal Hand aufs Herz, in ihren Wahlprogrammen wird doch nach etwas ganz anderem gefragt. So schreiben sie in ihrem Auftakt etwas vom Zugang zur Bildung nach Fähigkeit und Leistung, Begabten- und Benachteiligtenförderung, sozialer Integration und Sicherstellung und Weiterentwicklung der Qualität zum höchsten Niveau, doch was sie derzeit umsetzen ist eigentlich nur eine Aussonderung wie im Märchen: Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen.

Die Garantie z.B. für ein gebührenfreies Studium bis zum 1. berufsqualifizierenden Abschluß, die so in ihrem Programm steht, wird plötzlich in der derzeitigen Diskussion auf ein Minimum eingestampft, wenn sie anfangen, ein Zeitlimit zu setzen. Auch die geplante Einführung des Bachelor- und Master-System

steht der von ihnen geforderten vielseitigen Bildung im Wege. Leider mangelt es in ihrem Programm an Information, was sie denn unter Bachelor und Master verstehen, denn allein der Name macht noch kein System. Allein zu schreiben, Bachelor und Master würde das Studium verkürzen, ohne offenzulegen, auf welche Weise dies geschieht, ist Schönrednerei.

Die Junior-Proffessur, die mit dem Bachelor- und Mastersystem konsequent eingeführt werden soll, worauf ich schließe, da sie im gleichen Abschnitt genannt wird, soll NachwuchswissenschaftlerInnen einen leichteren und frühzeitigeren Einstieg in die Forschung gewähren, und damit das Durchschnittsalter der Erstberufenen absenken. Das klingt doch ganz vernünftig, hat aber auch wieder diesen Schönrednercharakter an sich, da wiederholt ausführliche Information fehlt.

Der schön formulierte Satz :“Bildung hat Eigenwert für die Entfaltung der Person“, aus ihrem Programm zur Landtagswahl 2000 lässt einen förmlich an eine Schöne Neue Welt denken, wenn man sich nicht geblendet weiter

durch ihr Programm arbeitet, denn die Folgen dieses Programms wären eine Einschränkung der Entfaltung. Das Bachelor- und Master-System mag vielleicht durch sein Modulsystem die Studienzeit senken, aber ein vorgefertigtes Modell, das einen Spielraum zur eigenen Entfaltung nicht wirklich offen lässt, und ganz schlicht und einfach überhaupt nicht vorsieht, trägt auch nicht zur Entfaltung der Person bei, im Gegenteil. Eine fast utopische Zucht von

Fachidioten, die noch nie über ihren Tellerrand geblickt haben, scheint mir persönlich eher dem zu entsprechen, was sie wollen. Darüber lässt auch ihre Selbstbeweihräucherung in Bezug auf die Bafög-Reform nicht hinwegtäuschen. Das System, in das sie das freie Denken zwängen wollen, steht dem freien Denken gegenüber. Ihr Ziel ist richtig, doch der Weg den sie uns bereiten, selektiert.

Gegge (AK Bildung und Politik)

2. Die Grünen

Grün, Grün, Grün...

... wären wohl alle meine Kleider, wenn ich nicht ihr Grundsatzprogramm in Bezug auf Bildung gelesen hätte.

Ihr Bild der Hochschulen als Ort, „an dem kreativ und interdisziplinär geforscht und gelehrt und ohne einseitige Verwertungsorientierung nachgedacht wird“ ist ein guter Anfang für ihr Programm. Vielleicht ein wenig utopisch, doch beruhigend. Auch die Frage, wie sie dies durchführen wollen, wird beim Weiterlesen prompt beantwortet. So wollen sie den „Hochschulen die notwendigen Freiräume gewähren, ihre internationale Ausrichtung befördern und vor allem den Gestaltungsspielraum der Studierenden und WissenschaftlerInnen stärken. Autonomie, Profilbildung und Experimentierfreude“ sind die Wesenszüge der von ihnen angestrebten Hochschule. Wie gesagt, bis hier gehe ich gern mit ihnen Hand in Hand, auch bei ihrer Förderung, die Hochschulen noch weiter für ausländische StudentInnen zu öffnen. Auch die Förderung nach grösserer Mobilität deutscher StudentInnen ist Honig um meinen Mund, doch der Schlag ins Gesicht folgt dann mit derbeiläufigen Erwähnung einer „internationalen Kompatibilität“ als Grundvoraussetzung. Das heißt auf gut deutsch die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen. Die damit verbundene Modularisierung, die auch ausdrücklich gefordert wird, soll laut diesem Programm eine flexiblere Gestaltung des Studiums erlauben. Wenn sie dabei auf ein örtliche Flexibilität des Studiums anspielen, stimme ich dem zu, aber wenn sie auf eine interdisziplinäre Flexibilität

anspielen wollen muß ich sie leider enttäuschen, in diesem Fall gehen sie in die Falsche Richtung mit ihrem Versuch, der Bildung einen individuellen Wert zu verleihen. Das gleiche gilt für die Entwicklung „zukunftsfähiger Studiengänge“, die sie problemorientiert und interdisziplinär nennen, was in meinen Augen eine Verschleierung der Tatsachen darstellt. Diese Studiengänge werden ein oberflächliches Gemisch aus Fächern darstellen, wobei die Mischung von oben dirigiert sein wird, und somit mit Flexibilität, Kreativität und Interdisziplinarität des einzelnen nichts zu tun haben.

Was die Finanzierung der Bildung betrifft, gibt uns dieses Programm Perspektiven dafür, wie es sein soll. Das Ziel sei eine Gerechte Mittelverteilung, die Benachteiligungen ausgleicht. Auch eine Verurteilung der derzeitigen Missstände wird geliefert, jedoch wird der Weg ins gelobte Land uns nicht geschildert. Dafür aber ein Modell das eine gemischte Finanzierung aus staatlichen Leistungen sowie Eigenleistungen vorsieht. Diese Eigenleistungen werden nicht näher definiert, werden aber wohl auf ein Gutscheinmodell herauslaufen, das, ähnlich wie das Kontenmodell, das mit Credits arbeitet, mit Gutscheinen arbeitet, die von den StudentInnen für die Vorlesungen eingelöst werden, und die die Uni dann beim Staat gegen Bares umtauschen können soll. Damit sind auch Gebühren für „deutliches Überschreiten“ der Regelstudienzeit verbunden, wobei die Deutlichkeit der Überschreitung wiederum nicht in Zahlen gefasst ist.

Gegge (AK Bildung und Politik)

3. Die FDP

Bildungspolitische Aussagen der FDP

Grundlegend ist die FDP der Meinung, dass deutsche Hochschulen wieder Weltspitze in Lehre und Forschung werden sollen. Dazu müsse die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Hochschulen durch Qualitätsverbesserung gestärkt werden. Die ungenügende Qualität sieht die FDP bedingt in folgenden Gründen:

1. der fehlende Ausbau, unter anderem durch Nichteinhaltung der finanziellen Verpflichtungen des Bundes bei dieser Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe

2. schlechte interne Universitätsstrukturen durch ineffizientes öffentliches Dienstrecht und bürokratische Strukturen, als Beispiele nennt die FDP, dass sich Qualität in der Lehre für Professoren nicht auszahle und Studenten keine Nachfragemacht hätten

3. die Vergabe von Studienplätzen durch die ZVS lasse weder Studenten noch Hochschulen Wahlrecht

4. das Ausbleiben einer grundlegenden BAföG-Reform durch Rot-Grün.

Die FDP stellt als Lösung das Leitbild einer Universität als international, unabhängig, wirtschaftlich und profiliert vor. Zur Verwirklichung des Leitbildes solle grundlegend die, so die FDP, zentralistische und bürokratische Struktur des heutigen Hochschulwesens gewandelt werden.

Zur Internationalität der Hochschulen:

Internationaler, auch nationaler, Leistungswettbewerb werde ermöglicht durch bessere Finanzausstattung und einen neuen Ordnungsrahmen. Für die FDP bedeutet dieser Ordnungsrahmen eine stärkere Internationalisierung des Studienangebots und der akademischen Grade.

Ebenfalls müsse die Werbung für deutsche Universitäten erhöht werden, d. h. Werbung für die Produktqualität (FDP). Konkreter nennt die FDP zu diesem Punkt den Abbau bürokratischer Verfahren bei der Visaerteilung in Botschaften, Kooperation mit Hochschulen im Ausland und die Förderung bestehender, sowie Gründung neuer Zweigstellen deutscher Hochschulen im Ausland.

Die unabhängige Hochschule:

Ziel der FDP ist die Erweiterung der Autonomie

der Hochschulen durch mehr Kompetenzen und Verantwortung in den Bereichen Finanzen, Personal und Organisation. Das Mittel ist die Neufassung des Hochschulrahmengesetzes unter den Prämissen eines Rückzugs staatlicher Planung und Vereinheitlichung.

Durch die Einräumung des Rechts Leitungsstrukturen nach Hochschulbedürfnissen und -erfahrungen in Grundordnungen selbst zu bestimmen, würde nach FDP-Meinung der Wettbewerb zwischen den Hochschulen gesteigert. Mithilfe der Einführung eines moderneren Dienstrechtes sollen flexibel zeitlich begrenzte Einstellungen von Lehrkörpern der besten Qualifikation ermöglicht werden. Dies sei die angemessene Form für die zunehmend projektförmig organisierte Forschung. Den Juniorprofessor begrüßt sie nach Selbstdarstellung, den Wunsch verschiedener „Fachkulturen“ nach Habilitationspflicht will sie anerkennen.

Die Hochschulen müssten im Zuge der Autonomieerweiterung in „Willensbildungs- und Entscheidungsstrukturen“ Managementfähigkeiten stärken und Führungsdefizite beseitigen.

Laut FDP schließe das eine Übertragung von mehr Autonomie an die Fachbereiche ein. Die sollen nach Abstimmung mit der Hochschulleitung bei der Erarbeitung von Studien- und Prüfungsordnungen sowie in der Forschung und Lehre mehr Verantwortung haben.

Hochschulen sollen ihr Profil selbst erstellen, z. b. durch die Einführung neuer Fächer.

Auch möchte die FDP, dass die Hochschulen über die Aufnahmebedingungen (z. b. „Eignungstest zur Entdeckung von ... Begabungen“) für Studenten selbst entscheiden hinsichtlich Kriterien und Verfahren. Für die Studierenden soll regelmäßige interne und externe, veröffentlichte Evaluation von Forschung und Lehre die Auswahl der Universität erleichtern. Ferner nennt die FDP die Abschaffung der ZVS eine Grundbedingung für wirkliche Freiheit von Forschung und Lehre.

Die wirtschaftliche Hochschule:

Neue Formen der Bildungsfinanzierung setzt

die FDP mit steigender Hochschulautonomie und Verbesserung von Ausbildungs- und Forschungsleistung gleich.

Die Vorstellung der FDP von diesen neuen Formen bedeutet konkret:

- die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Personal-, Sach- und Baumittel
- Aufhebung des „Jährlichkeitsprinzips“ zur Ermöglichung von Rücklagenbildung
- Befreiung von Kameralistik (Anm.: d. i. der Rechnungsstil der öffentlichen Verwaltung) und Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens, wodurch ein erfolgreicheres Hochschulmanagement ermöglicht werde
- Abschaffung der Kapazitätsverordnung (Anm.: diese regelt u. a. die Zuweisung von wissenschaftlichen Stellen für Studiengänge durch den Staat) um Konflikte mit der angestrebten größeren Hochschulautonomie zu vermeiden. Instrumente für die Bestimmung der Mittelvergabe an Hochschulen seien:
 - Anzahl der Studierenden und dem Verhältnis dieser zur Anzahl des wissenschaftlichen Personals
 - Einführung von Bildungsgutscheinen; diese werden jedem nach Erreichen der Studierqualifikation kostenlos zur Verfügung gestellt und sollen den Erwerb eines ersten berufsqualifizierenden Abschluss an staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen gewährleisten. Die Summe der, von einer Hochschule gesammelten, Bildungsgutscheine bestimmt die Höhe für deren staatliche Fördermittel, gleichzeitig sollen auf diesen Weg die Hochschulen zur Aufnahme größtmöglicher Studentenzahlen angeregt werden, „... solange die Wettbewerbsfähigkeit der angebotenen Ausbildungsqualität dadurch nicht leidet.“
 - Drittmittelförderung in der Forschung („ Die Wirtschaft ist dazu aufgefordert, nicht nur unmittelbar kommerziell umsetzbare

Forschungs- und Ausbildungsvorhaben zu unterstützen.“), privatwirtschaftliches Sponsoring für Hochschulsanierungen und Studiengangausbau und die Ermöglichung von Stifterlehrstühlen durch die Wirtschaft die profilierte Hochschule:

Hierfür fordert die FDP die Abschaffung der Trennung von Universität und Fachhochschule, wie bisher nach stärkeren Ausprägungen in Forschung einerseits und praktische Lehre der zweitgenannten. Das ermögliche jeder Hochschule mehr Autonomie bei der Herausbildung eines eigenen wissenschaftlichen Profils, was der Grundforderung der FDP nach Wettbewerb zwischen Hochschulen dient.

An den Fachhochschulen fordert die FDP den Ausbau von Kapazitäten und die flexiblere Ausgestaltung von Organisationsstrukturen, wodurch die Universitäten ihrer Hauptaufgabe, der Ausbildung wissenschaftlichen Nachwuchses, besser nachkommen können sollen.

Mit dem Aufbau dualer Studiengänge und einem berufsbegleitenden Teilzeitstudium möchte die FDP ein Zusammenspiel von Wirtschaft und Hochschule für eine gezieltere Ausbildung wissenschaftlichen Nachwuchses ermöglichen.

Die FDP möchte an einer Reform der Studienförderung nach dem sogenannten Dreikörbmodell festhalten. Hochbegabtenförderung durch private, öffentliche und Interessensgruppenförderungsprogramme müsse ausgebaut werden. Besondere Verantwortung sieht die FDP bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft wegen ihrer umfassenden Wissenschaftsförderung.

(Quelle: Bürgerprogramm 2002: - Politik für ein innovatives Deutschland, III. Hochschule – Mehr Qualität durch Werbung)

Olli (AK Bildung und Politik)

4. Die CDU

Bildungspolitische Aussagen der CDU
Laut CDU ist Bildung ein Beitrag ersten Ranges zur Führungsrolle Deutschlands als Wirtschaftsnation neben den Standortfaktoren Arbeit, Boden und Kapital. Sie sei ein Motor für eine positive Entwicklung - gesamtgesellschaftlich wie auch für jedes Individuum. Das Bildungssystem soll zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit den sich wandelnden gesellschaftlichen und technologischen Bedingungen angepasst werden.

Bildungspolitik sieht sich nach Aussage der CDU vor zwei Ziele gestellt: erstens muss sie den Erfordernissen der modernen Arbeitswelt genügen und zweitens dem Menschen verlässliche Berufsperspektiven bereitstellen. Ferner habe Bildungspolitik zu berücksichtigen, dass Bildung nicht nur Ausbildung auf einen Beruf hin ist, sondern ebenfalls dem Individuum Teilhabe an Kultur und allen gesellschaftlichen Prozessen ermöglicht. Bildungspolitik stelle daher die Rahmenbedingungen für eine freiheitliche, demokratische Gesellschaft.

(Quelle: Bildungspolitik; www.cdu.de)

Hochschulbildung

Einheit und Freiheit von Forschung und Lehre seien notwendige Voraussetzungen für Qualität und Leistung ebendieser Forschung und Lehre. Der nicht mit den steigenden Studierendenzahlen konforme Ausbau der Hochschulen führe zu einer Überlastung, die die Leistungsfähigkeit der Hochschulen gefährdet. Als Antwort müssen Bund und Länder weiteren Ausbau betreiben - insbesondere der Fachhochschulen - und zur Alternative neue Ausbildungsformen schaffen; dies geschehe durch Weiterentwicklung von Verwaltungs-, Wirtschafts- und Berufsakademien.

Hochschulautonomie

Die den Hochschulen übergebene Autonomie soll von diesen zur Verkürzung der Durchschnittsstudiendauer, Neuordnung von Studiengängen und -abschlüssen und der Auswahl von Studienbewerbern, insbesondere in überbelegten Studiengängen, genutzt werden. Das Abitur soll weiterhin als Studienberechtigung dienen, müsste aber aussagekräftiger gestaltet werden. Die Hochschulen übernahmen selbst die

Verantwortung für Ihren Haushalt; das ermöglicht die wirtschaftlichere Nutzung der bereitgestellten Finanzmittel, die, an Leistungsfähigkeit orientiert, vergeben werden sollen. Die CDU fordert, daß Alternativen zur Einstellung von Lehrkörpern auf lebenszeitliche Beamtenbasis, vor allem bei Erstberufungen, mehr genutzt werden sollen. Zum einen zur Erreichung von größerem Wettbewerb und Leistungsfähigkeit in und zwischen Hochschulen, zum anderen zur Förderung der Mobilität zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung.

(Quelle: Grundsatzprogramm, Kapitel II, 3., "- Erziehung und Bildung erneuern"; www.cdu.de)

Die CDU betrachtet Bildung als die Vermittlung von Wissen und Werten. Schule und Hochschule habe einen umfassenden Bildungsauftrag.

Deutsche Hochschulen müssen wieder internationale Spitze werden, die Studienzeiten sind zu lang. Als Lösung dafür hat die CDU laut Eigendarstellung dafür gesorgt, dass bundesweit einheitliche Regelstudienzeiten gelten und schneller erreichbare Studienabschlüsse eingeführt werden. Ferner planen sie durch radikale Verringerung staatlicher Regelungsdichte den Hochschulen Gestaltungsspielräume für Strukturen, personelle Zusammensetzung und Verwendung zugewiesener Mittel zu eröffnen, wodurch die Hochschulen Profile mit leistungsstarken Schwerpunktbereichen ausbilden können sollen. Einhergehend ist ein Wettbewerb um die fähigsten Forscher und Dozenten sowie um die fähigsten Studenten, die sich die Hochschulen dann selbst auswählen können. Die Finanzierung der Hochschulen nach Leistungsfähigkeit erreiche mehr Flexibilität, Eigenverantwortung und Motivation, sowohl für die Hochschulen als auch deren Dozenten. Das Kriterium Leistungsfähigkeit ist zu verstehen als Zahl der Studenten, Forschungsleistung, Qualität der Lehre und der Zahl pünktlich zum Examen gelangter Studenten. Drittmittelwerbung, Sponsoring und Einrichtung von Stiftungen müsste mehr genutzt werden.

(Quelle: Auszug aus "Zukunftsprogramm", B., I., 3.; www.cdu.de)

5. Die PDS

Der Traum wird Wirklichkeit

Die Opposition hat es ja immer ein wenig einfacher, aber wir alle haben es ja bei den Grünen schon gesehen, wie schnell aus den Kriegsgegnern von Einst ein kuschelnder Haufen geworden ist. Deshalb ist dieses Programm der PDS auch mit Vorsicht zu genießen. Weiter ist die Umsetzbarkeit ihres Programms noch genau unter die Lupe zu nehmen.

Als erstes liefern sie uns hier mal einen kleinen Überblick, wie es in Deutschland derzeit eigentlich aussieht. Alles unter der Überschrift: "Anhaltende Ungleichheit im Bildungswesen". Hier wird auf die Benachteiligung von verschiedenen Gruppen, wie AusländerInnen, jungen Menschen aus den neuen Bundesländern und junger Frauen in der Schule sowie in der Ausbildung hingewiesen. Wenn es um die Hochschulen geht, liefern sie mir mal wieder diese Statistik die besagt, daß 8% der StudentInnen aus unteren Einkommensschichten kommen, dagegen 70% aus einkommensstärkeren. Dadurch sehen sie die soziale Durchlässigkeit des Bildungssystem substantiell in Frage gestellt.

Jetzt wird es dann interessanter, denn jetzt klopfen sie ein wenig auf alle anderen ein, nicht nur auf andere Parteien, sondern auch auf die Spitzenverbände der Wirtschaft, das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) und unterschiedliche Stiftungen ein, wenn es um deren Pläne und Modelle zu einer umfassenden Privatisierung der Bildungsfinanzierung geht: Die Bildung soll zur Ware gemacht werden. Ganz schön finde ich, daß sie mir diese Dinge nicht einfach nur so um die Ohren hauen, nein, sie gehen noch ein wenig darauf ein, und liefern, weil es sich ja immer gut macht, ein paar Zahlen. So seien 50 Milliarden Euro jetzt schon Eigeninvestition, was für Dinge wie KiTas oder Nachhilfe, aber auch für den Lebensunterhalt von StudentInnen und Auszubildenden draufgehen. Dem stellen sie die Zahl von 8,4 Milliarden Euro gegenüber, was den gesamten Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Jahr 2002 darstellt. Dies entspricht nach OECD-Angaben (Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung in Europa) nur 4,6% des Bruttoinlandsprodukts

(BIP). 1975 lagen die Ausgaben des Staates für die Bildung und Forschung noch bei 5,5% des BIP. Im Vergleich mit anderen Industrieländern liegen wir damit an 23. Stelle. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 5,4%.

So, nach diesem Rundumschlag geht es ans eingemachte: Ihre eigenen Ziele und Pläne! Bildung ist ein Menschenrecht, und darf nicht zur Ware werden! So ihr Ziel. Schön, daß sie das fast schon negativ behaftete Schlagwort „Bildung für alle!“ vermeiden haben. Sie fordern das Grundrecht auf Bildung, und eine Erneuerung des Bildungssystems.

Diese Erneuerung des Bildungssystems stellen sie sich sozusagen staatlich subventioniert vor. Jetzt habe ich ein Problem. Von allen Seiten wurde mir erklärt, daß kein Geld da ist, und dann fordern sie ein Existenz sicherndes Kindergeld, was später im Text dann mit der Hälfte des Lebensminimums definiert wird, und für StudentInnen und Auszubildenden eine Ausbildungsförderung in bedarfsdeckender Höhe, also 300 Euro bis hin zum Lebensminimum.

Zum Glück erklären sie, wo denn das Geld herkommen soll: Steuergeschenke für Reiche sollen rückgängig gemacht, Steuerlöcher gestopft, die Massenerwerbslosigkeit bekämpft, die Rüstungsausgaben massiv reduziert und die Friedensdividende von 1990 eingelöst werden. Hier haben wir doch endlich mal was konkretes, doch bleibt immernoch die Frage Wie?

Darauf habe ich keine Antwort gefunden, dafür habe ich aber einen Blick in eine romantische Welt werfen dürfen, mit Kindertagesstätten für alle, gleiche Chancen in den Schulen mit ganztägigem Betreuungsangebot für alle, unterstützt durch die aktive Förderung von Benachteiligten, Ausbildungsplätze für alle, mit der Forderung an nicht ausbildende Betriebe, Praxen und Verwaltungen, ihren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verpflichtungen durch eine Ausbildungsumlage, also Bares nachzukommen, und Gebührenfreies Studium ohne Wenn und Aber. Weiter wollen sie eine stärkere Autonomie der Bildungseinrichtungen, was mit einer größeren Transparenz über die Finanzmittel Hand in Hand gehen soll. Um all das koordinieren zu können fordern sie einen „Bundesbericht Bildung“, was der allgemeinen Öffentlichkeit die Möglichkeit zur Information

bietet.

Im Weltpolitischen Kontext stehen sie dem GATS-Abkommen der WTO, das die Privatisierung der Bildung fordert negativ gegenüber. Auch wollen sie den internationalen Austausch für Studierende und Auszubildende erleichtern, und gleiche Voraussetzungen für alle schaffen.

Doch haben sie auch das Problem an der ganzen Sache erkannt. Eine Umstrukturierung muß Schritt für Schritt gemacht werden, und dazu rufen sie Alle BürgerInnen auf. Wollen wir hoffen, daß es zu diesem Dialog kommt.

Gegge (AK Bildung und Politik)

Resolution der Vollversammlung der Studierenden der RWTH Aachen

Die Studierendenschaft der RWTH Aachen erkennt im Beschluss des SPD-Landesparteirats NRW ein deutliches Signal, dass die Proteste der StudentInnen gegen Studiengebühren Wirkung zeigen. In den Medien wird dies zurecht als Niederlage von Ministerpräsident Wolfgang Clement dargestellt - ein ermutigender Teilerfolg. Bei genauerer Betrachtung hält dieser Beschluss aber nicht, was er mit dem angeblichen Bekenntnis zu einem gebührenfreien Erststudium verspricht.

So heißt es dort: "Der Landesparteirat fordert die Landesregierung auf, ein differenziertes, soziale Gesichtspunkte berücksichtigendes Modell von Studienkonten möglichst rasch vorzulegen." Für uns ist völlig klar, dass auch Studienkontenmodelle nichts anderes als getarnte Gebühren sind. Studienkonten dienen dazu, den Zugang zu Bildung zu verknappen, den individuellen Studienverlauf an Kriterien der wirtschaftlichen Verwertbarkeit auszurichten und das Recht auf Bildung in eine Pflicht zum Scheuklappenstudium zu verwandeln. Schwächer noch ist die Aussage "Auch die Aufnahme eines Zweit- oder Seniorenstudiums darf durch Gebühren nicht gefährdet werden". Hier scheint lediglich die Höhe der Gebühren noch Verhandlungssache zu sein. Die Zusicherung "BAföG-Empfänger/innen sind in jedem Fall von Gebühren ausgenommen" entlarvt den Beschluss endgültig als gezielte Desinformation und Schönwettergerede in Wahlkampfzeiten. Wer die Bewilligungskriterien des BAföG kennt, weiß, dass dieses ohnehin nur in der Regelstudienzeit gezahlt wird. Gebühren in Form von Studienkonten werden also alle treffen. Gerade das Ende der Studienförderung durch das BAföG trägt zur Verlängerung der Studienzeit bei, da viele StudentInnen in der Endphase ihres Studiums zur verstärkten Erwerbsarbeit gezwungen sind. Eine Studienzeitverkürzung kann also nur in Form einer Verbesserung der Förderung, nicht aber durch Erhöhung des finanziellen Druckes gelingen.

Die Studierendenschaft der RWTH stellt daher klar:
Studienkonten sind Studiengebühren!
Freie Bildung für alle!

Aachen, 17.06.2002

Her mit dem schönen Leben - für alle !

Gegen Bildungsklau, Sozialabbau und Krieg !

Studiengebühren und das Ende des gesellschaftlichen Rechts auf Bildung
Geht es nach der rot-grünen Landesregierung sollen ab dem Sommersemester 2003 Studiengebühren an allen nordrhein-westfälischen Hochschulen eingeführt werden. Egal ob sie als Verwaltungsgebühren oder als Studienkonten daherkommen, Studiengebühren dienen vor allem dem marktgerechten Umbau des Bildungssystems. Bildung war und ist in einem kapitalistischen System schon immer eine Ware, das Bildungssystem ist darauf ausgelegt, die menschliche Ware Arbeitskraft verwertbar zu machen. Der Prozess der neoliberalen Umstrukturierung der Hochschulen - Privatisierung von Bildung, Verschärfung des Konkurrenzprinzips und eben Studiengebühren - zielt aber darauf ab, Bildung selbst vollständig den Markgesetzen zu unterwerfen. Abkommen wie das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) der Welthandelsorganisation (WTO) zielen auf eine umfassende Privatisierung und damit kapital-freundliche Umgestaltung von Dienstleistungen in allen gesellschaftlichen Bereichen wie Bildung (Wasserversorgung, Gesundheitswesen...).

Die Diktatur der Angepassten...

Studiengebühren sind das zentrale Instrument zur endgültigen Durchsetzung marktförmiger Strukturen im Bildungssystem. Bildung wird im globalisierten Kapitalismus vom gesellschaftlich verankerten Recht zur Dienstleistung, für die jede einzelne im "eigenen Interesse" teuer investieren muss, sofern sie/er es sich überhaupt leisten kann. Wer sich dem steigenden Zeit- und Leistungsdruck nicht beugen will oder vom akademischen oder beruflichen Mainstream

abweicht, wird mit höheren Studiengebühren bestraft und damit auf längere Sicht vom Bildungssystem ausgeschlossen. Politisches Engagement an den Hochschulen soll durch den Zwang zur persönlichen Karriereplanung erschwert werden. So produziert die markt-konforme Hochschule ihre konformistische Studierendenschaft!

Die Elite bildet ihre Elite bildet ihre Elite
Kapitalistische Vergesellschaftung erzeugt notwendig soziale Ungleichheit. Kinder aus sozial nicht-privilegierten Klassen haben schon längst nicht die gleichen Chancen im Bildungssystem. Der Anteil von ArbeiterInnenkindern unter den Studierenden ist weiterhin äußerst gering (1997: 13,6%), gleichzeitig stellt ein Hochschulabschluss die Grundlage für sozialen Aufstieg dar. Durch Privatisierungen, Einführung von Studiengebühren und Abschaffung von Gesamthochschulen verschärft sich der selektive Charakter des Bildungssystems: wer aus unteren Klassen kommt und wie eine immer größer werdende Zahl von Studierenden auf Lohnarbeit zur Finanzierung des Studiums angewiesen ist, wird ausgeschlossen. Die Pläne der rot-grünen Landesregierung verschärfen soziale Ungleichheit und lassen Bildung zu einem Privileg werden. Von Chancengleichheit ist immer weniger die Rede. Das Bildungssystem soll endgültig dazu werden, was es im Kapitalismus immer auch war: Ein Instrument der Förderung gesellschaftlicher Eliten. Die ökonomisch vermittelte Herrschaft von einigen über viele wird durch den Ausschluss von immer mehr Menschen von qualitativ hochwertiger Bildung gefördert.

Leere Kassen für Bildung - volle Kriegskassen
Wie so oft, wenn Sozialleistungen gekürzt

werden sollen, spielt auch bei den aktuellen "Reformplänen" von Rot-Grün der "Zwang zum Sparen" eine große Rolle bei der geplanten Durchsetzung von Studiengebühren. 90 Millionen Euro sollen im Bildungsbereich eingespart werden, um die Kassen des Finanzministeriums zu füllen. Doch der vermeintliche Sachzwang ist keiner: Während Unternehmensgewinne immer geringer besteuert werden, Milliarden Euro für Rüstung und Kriegsführung der Weltmacht in spe BRD sowie den gigantischen Ausbau kontrollgesellschaftlicher Maßnahmen (wie Rasterfahndung und Videoüberwachung) verpulvert werden, spart sich Rot-Grün lieber die kostenlose Bildung für alle !

"Wer nicht arbeitet, soll nicht essen!"

Ob sog. "LangzeitstudentInnen", SozialhilfeempfängerInnen oder Arbeitslose - der staatliche Umgang mit jenen, die ihre Arbeitskraft nicht profitabel einsetzen können (oder wollen), zeigt die hässliche Fratze des neoliberalen Sozialstaates: Wer einmal erfolgreich als Faulenzer oder "Sozialschmarotzer" stigmatisiert wird, wird von sozialen Leistungen ausgeschlossen. Horrende Strafgebühren für "Langzeitstudis", Arbeitszwang und Leistungskürzungen für Arbeitslose und SozialhilfempfängerInnen sind die repressive Kehrseite der individuellen Freiheit (sich ausbeuten zu lassen). Um den sozialen Druck auf alle zu erhöhen, soll es allen "Überflüssigen" (Arbeitslosen) und VerliererInnen des Konkurrenzkampfes schlecht gehen. Der jüngste Ruf nach Ausgabe von Essensmarken für Arbeitslose zeigt wie das Prinzip der Stigmatisierung von MigrantInnen durch Verelung z.B. AsylbewerberInnen, die von Fresspaketen leben müssen, auf andere gesellschaftliche Gruppen ausgedehnt werden soll. Mit der sozialen Drohkeule gegen Studierende dreht sich diese Spirale munter weiter: Studiengebühren führen zur massiven Verschlechterung der Lebensbedingungen von Studis, die dazu gezwungen werden, mehr zu arbeiten, geringere Bezahlung und prekäre Arbeitsverhältnisse in Kauf zu nehmen, um studieren zu können. Kapital-freundliche Umgestaltung des Bildungssystems, Sozialabbau und soziale Disziplinierung

bestimmter gesellschaftlicher Gruppen wie MigrantInnen und SozialhilfeempfängerInnen sind verschiedene Seiten des gleichen Problems: der kapitalistischen Gesellschaftsform.

Sand im Getriebe

Dem zunehmenden Abbau des Sozialstaats, dem neoliberalen Umbau des Bildungssystems und der mit der Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten verbundenen sozialen Repression und Kontrolle im globalen Kapitalismus, kann nur mit einer Globalisierung des antirassistischen und antikapitalistischen Widerstands begegnet werden!

Streik und Widerstand gegen Studiengebühren und neoliberalen Bildungsklau!

Weg mit allen Sondergesetzen gegen Nicht-Deutsche!

Für eine Soziale Grundsicherung von mindestens 1000 Euro für alle!

Ein schönes Leben für alle!

(Aufruf zum antikapitalistischen Block auf der NRW-weiten Demonstration gegen Studiengebühren "education is not for sale!" am Samstag, 8. Juni 2002 in Düsseldorf)

Es riefen auf u.a.:

Autonomes Antifaprojekt an den Aachener Hochschulen, Antifa-Referat AStA Uni/GH Duisburg,
Antifa-Projekt AStA Sporthochschule Köln, Fachschaft 7/1 RWTH Aachen,
Antifaschistisches Komitee Duisburg, Antifa-KOK Düsseldorf, FAU Düsseldorf, Antifa Hamm,
Antifa K Köln, Autonome Antifa Lüdenscheid, Junge Linke Wesel

--> www.antifaprojekt.de

AGLAC GREIFT AN

Angriff der Bildungs-Orks

[...]

Was auf den ersten Blick wie ein Orkname aussieht, soll in Wahrheit etwas mit Bildung zu tun haben: Aglac steht für Aachen Global Academy, ein Name, der immerhin an das akademische Bildungsideal aus Klassik und Antike anknüpft. Im Untertitel allerdings definiert sich Aglac als »die Weiterbildungsakademie der RWTH«, eine Bezeichnung, mit der mensch eher Serviceleistungen für Industrie und Verwaltung als Wissenschaft und Bildung assoziiert. Und tatsächlich macht sie zwar reichlich Gebrauch von Namen, Logo und Fotos der RWTH, stellt aber genauso klar, dass sie keineswegs die RWTH ist. Vielmehr handelt es sich um eine GmbH, eine profitorientierte Tochter der RWTH, die vorrangig wirtschaftliche Ziele verfolgt. Aglac versucht sich also im Spagat, gleichzeitig vom vermeintlichen oder tatsächlichen guten Namen der RWTH als staatlicher Hochschule zu profitieren und trotzdem vor allem eines zu vermitteln: dass alle ihre Leistungen käufliche Ware sind.

Während also Hochschulbildung in NRW (gerade eben noch) gratis zu haben ist, kostet die Weiterbildung an der RWTH richtig Geld: im Schnitt 300-500 Euro pro Tag, zuweilen auch deutlich mehr. Spitzenreiter in der Preisliste ist ein Kurs »Management of Business and Production Engineering«, für die 50 Kurstage werden - inklusive Unterkunft und Verpflegung - stolze 30.000 Euro berechnet. Obwohl es natürlich vorrangig die Natur- und Ingenieurwissenschaften sind, die hier zum Verkauf stehen, tummeln sich doch auch einzelne Vertreter unseres Fachbereichs auf diesem Bildungsmarktplatz. Während Psychologe Lutz Hornke zum Preis seines Seminars »Strategische Personal- und Organisationsentwicklung in Zeiten von Organisationalen Lernen und Wissensmanagement« verschämt vermerkt, dieser sei »Verhandlungssache«, erregt Sprachwissenschaftler Rudolf Beier unsere Neugier durch das Angebot eines zusätzlichen Kulturprogramms für 1500 bzw. 750 Euro, das den Kurs »Deutsch als Fremdsprache in

Wissenschaft, Technik und Industrie« ergänzen soll. Sehr richtig bemerkt er dazu: »Spracherwerb ist gleichzeitig auch Kulturerwerb. Zur genauen Art der hochpreisigen Kultur heißt es dann aber zu unserem nicht geringen Erstaunen: »Je nach Interessenlage der Teilnehmer sind sowohl Besuche regionaler Kulturreignisse als auch Exkursionen in verschiedene Wirtschaftsunternehmen vorgesehen.« Wie das? Ersetzen die »verschieden[n] Wirtschaftsunternehmen« jetzt nicht nur unsere Vorstellungen von Bildung, sondern auch noch die von Kultur? Und wie viele kulturell bedeutende Wirtschaftsunternehmen welcher Art mögen für diesen Preis besucht werden?

Aber es sind nicht nur die atemberaubenden Preisvorstellungen, die den nachhaltigen Eindruck ungebremsten Kommerzes erwecken. Auch die Wortwahl im Prospekt lässt ein ausschließlich wirtschaftliches Interesse an Bildung vermuten. So schwadroniert etwa Rektor Rauhut in seinem Grußwort über die »Neue Positionierung der RWTH Aachen auf dem Weiterbildungsmarkt« mit Hilfe der Aglac, die sich »an den Gesetzen des Marktes [orientiert] und ... ihre Leistungen gegen Entgelt« erbringt, Keßler spricht präziser von der Möglichkeit »gegen leistungsgerechtes Entgelt ganz nach den Gesetzen des Marktes ... agieren« zu können und freut sich über die Loslösung von »den strengen Kriterien des öffentlich-rechtlichen Bildungssystems«. So ganz möchte er sich vom verhassten öffentlich-rechtlichen Bildungssystem dann aber doch nicht lösen, immerhin verweist er wieder und wieder auf das hohe Niveau, das durch die »Nutzung der hohen Standards der [hauptsächlich aus Steuergeldern finanzierten] Hochschulausstattung und -ausrüstung« gewährleistet sei, und auch der penetrante Gebrauch von Namen und Logo der RWTH lässt vermuten, dass man die staatlich finanzierte RWTH sowie deren Reputation und Bekanntheitsgrad als Betriebskapital keineswegs missen möchte. Während sich

Freunde und Förderer der Aglac also in hochtrabender Rhetorik über das Bestehen am freien Markt auslassen und ein munteres Kräftemessen mit der freien Wirtschaft propagieren, vergessen sie, die Hilfen und Sicherheiten, der im Hintergrund von Aglac stehenden staatlichen Hochschule zu erwähnen. Das ist nicht nur unehrlich, es ist auch unlauterer Wettbewerb. Die ProfessorInnen, deren Wissen und Kompetenz Aglac so forsch vermarktet, sind im Hauptberuf für die »eigentliche« RWTH tätig, ihre Aufgabe ist die Forschung und das Anbieten von Lehrveranstaltungen für die StudentInnen der RWTH. Kommerzielle Abenteuer in der freien Wirtschaft sind nichts weiter als Nebenjobs, bei denen sie allerdings die Ausstattung ihres Hauptarbeitgebers mitbenützen. Solcherart abgesichert könnten wohl auch die frei wirtschaftenden Konkurrenten Aglacs auf dem Weiterbildungsmarkt ganz anders kalkulieren. Aber eigentlich geht es mir an dieser Stelle nicht um den Schutz von freiem Markt und Wettbewerb, den sollen besser die Instanzen hüten, die auch tatsächlich an den freien Markt glauben. Worum es hier geht ist noch etwas ganz anderes: Die Einrichtung einer kommerziellen Weiterbildungsanstalt an der RWTH durchbricht das Prinzip der freien Bildung. Die Aufgaben einer Hochschule sind das Betreiben von Forschung und Lehre; die Aufgabe einer GmbH ist das erwirtschaften von Profiten. Beides passt nicht gut zusammen. Schon an der »alten« TH gibt es mehr als genug durch Drittmittel, also die Privatwirtschaft, finanzierte Projekte. Wie überall sonst im Leben gilt auch hier: wer zahlt, bestimmt wo's lang geht. Die Etablierung kommerzieller Strukturen an den Instituten führt so automatisch auch zur Einführung neuer

Bewertungsmaßstäbe. Bei Forschungsprojekten wird zusätzlich zur Frage nach der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Relevanz auch die Frage nach der kommerziellen Perspektive gestellt werden. Und wie ist es um die wissenschaftliche Integrität eines Institut bestellt, bei dem nicht Eignung und Interesse, sondern Zahlungsfähigkeit das wichtigste Zulassungskriterium ist? Tröstlich ist immerhin eines: StudentInnen sind für das obskure Treiben von Aglac nicht verantwortlich, denn ganz nebenbei wird auch noch der ganze Demokratie- und Mitbestimmungsschönz abgeschafft. Die Kontrollfunktion, die studentische GremienvertreterInnen bislang ausübten und die gewährleistete, dass wenigstens die ungerechten Regeln von Hochschulgesetz und RWTH-Grundordnung halbwegs eingehalten wurden, ist bei der Aglac GmbH selbstverständlich nicht vorgesehen. Da erfüllt es uns natürlich mit ganz spezieller klammheimlicher Freude, dass dieses Geschäftskonzept zur Zeit (noch) nicht auf zugehen scheint. Dieser schmale Trost wird allerdings durch Bestrebungen der RWTH, immer mehr Angebote in die Aglac zu überführen, mehr als vergällt. So ist etwa die Aglac der kommerzielle Rahmen, in dem die ab nächstes Jahr kostenpflichtigen Sprachkurse stattfinden werden. Sehen wir also zu, dass der gefährliche Anfang von Aglac möglichst bald sein Ende findet und Platz macht für eine wirklich sinnvolle Weiterentwicklung der Hochschule. Eine Weiterentwicklung, die alle an Bildung Interessierte berücksichtigt.

Thåden

Quelle: philfalt 67, S. 9 ff.

--> www.philfalt.de

DAS „CLEMENT-PROTOKOLL“

An jeder Ecke konnte man letzte Woche etwas über die Pressemitteilung Clements vernehmen, und in manchen Kreisen wurde diese Erklärung schon fast als Sieg gefeiert, doch wenn man sich dieses Protokoll einmal durchliest, stellt mensch schnell fest, dass es sich nur um hohle Worte handelt.

Schauen wir doch erst einmal auf den Kontext, in dem diese Mitteilung entstand: Es begann alles vor der Philharmonie in Köln, als die Polizei Clement aufgefordert hat, nach draußen zu gehen, und dem Verlangen der StudentInnen nachzugeben. Alleine wäre er wohl niemals vor die Tür getreten, was auch verständlich ist, denn wie sich zeigte, wußte dieser Mensch anscheinend nicht wirklich, worum es eigentlich ging. Viel erstaunlicher ist, daß diese Pressemitteilung plötzlich auch auf die Themen eingeht, die bis dato für Clement zu unerforschtem Neuland gehören. Clement spricht davon, daß das Abschlußalter höher ist, als in vergleichbaren ausländischen Bildungssystemen. Das mag vielleicht auch daran liegen, daß die Einschulung in Deutschland später erfolgt als in anderen Ländern. Es könnte natürlich auch noch damit zusammenhängen, daß es in vielen anderen Ländern ein einheitliches Schulsystem gibt, das die SchülerInnen nach der 12. Klasse entläßt.

Als nächstes wird der Leser dann mit einer Statistik abgespeist, die besagt, daß über 10% der StudentInnen mehr als 20 Semester studieren. Mit Statistiken ist das ja so eine Sache. Natürlich kann man mit ein paar Zahlen Eindruck schinden, aber statistisch gesehen fühle ich mich ja auch wohl, wenn ich meine linke Hand auf einer Herdplatte liegen habe, und meine Rechte im Eisfach. Daß dem nächsten Abschnitt, bei dem es um die FH-Absolventen geht, dann die Prozentzahl der über 20 Semester studierenden fehlt, wird wohl daran liegen, daß diese Zahl anscheinend für sie noch nicht groß genug war, nämlich nur knapp über 6%. Jetzt hatte ich schon Angst, sie würden mir noch eine Ihrer Statistiken zum Fraß vorwerfen, aber weit gefehlt, als nächsten Gang in ihrem Menue gabs dann eine fade „Entschuldigung“ für ihren Plan uns

abzuzocken, der sich darauf beschränkte zu sagen, daß es ja in anderen Bundesländern auch schon Gebühren gibt, und in anderen auch schon darüber gesprochen wird. Wenn die aus dem Fenster hüpfen, hüpfen sie mit, oder?

Aber dieser kurze Zwischengang sollte eigentlich nur ein wenig Platz schaffen für die nächste, aus dem Zusammenhang herausgerissene Statistik, die besagt, daß es in Baden-Württemberg nach Einführung der Langzeitstudiengebühren 44% weniger LangzeitstudentInnen gab, was völlig verständlich ist. Wo selektiert wird, bleiben die schwachen auf der Stecke, das wußte schon Darwin! Aber nicht genug, denn der eigentliche Hammer ist der Kontext, in den sie diese Zahl stellen. Denn das Ansteigen der Studienanfängerzahl steht ja wohl eher im Kontext der Geburtenrate, als im Kontext der Langzeitstudiengebühren, oder hoffen sie auf die dummen Deutschen mit dieser Falschauslegung dieser Statistik.

Doch nicht genug, denn direkt im Anschluß gibt's zum Runterspülen des fauligen Geschmacks noch ein Schlagwort, das einen frei denkenden Menschen fast zum Herzinfarkt führt: „zukunftsbezogenes Steuerungsinstrument“! Das heißt im Klartext Langzeitstudiengebühren! Daß dies Vorteile für die Volkswirtschaft bringt, wie sie schreiben, sehe ich auch so, was nicht bedeuten soll, daß ich das für förderlich für ein Studium halte. Daß dieses Steuerungsinstrument die Hochschulen entlastet sehe ich mal nicht so, denn hier haben sie wieder einen Zusammenhang aufgebaut, der keiner ist. Die Steigerung davon ist dann der letzte Satz in diesem Abschnitt, der wirklich das Letzte ist, denn daß diese beiden Produkte dieses Steuerungssystems auch im Interesse der Studierenden sei ist eine sehr oberflächliche Betrachtung dieses Phänomens. Daß mit einem solchen Steuerungssystem Grundrechte eingeschränkt werden, wird von ihnen völlig negiert.

Der weitere Verlauf ihres Menues vollzieht sich mit der Erwähnung der sogenannten Trittbrettfahrern. Hier schreit natürlich der brave Steuerzahler auf, und klatscht ihnen sicherlich

auch Beifall zu, aber daß mit einer solchen Äußerung die Bildung mal wieder direkt in Zusammenhang mit ihrer „Verwertbarkeit“ gestellt wird, steht dem Gegenüber, was sie in ihrem Landesprogramm, mit dem sie sich haben wählen lassen, propagieren. Oder wie war das noch mit ihren Bildungszielen, wenn sie sagen: „Bildung hat Eigenwert für die Entfaltung der Person.“ Wer den Eigenwert für die Entfaltung der Person in einen Verwertungszusammenhang stellt, tritt eben diesen Eigenwert mit Füßen. Oder schreiben sie so etwas nur deswegen, weil sie sich mit ihrem eigenen Programm genausogut auskennen wie mit der Bildung, was sie uns vor der Philharmonie in Köln ja schon bewiesen haben.

Und was soll denn bitteschön der nächste Abschnitt? Hier zählen sie auf, wieviel Geld sie wegen der Erhöhung des Kindergeldes mehr ausgeben. Soll das etwa heißen „sozialer Aufbau bedingt sozialen Abbau“? Oder war das mal wieder so eine Sache die sie erwähnen wollten, weil sich ein paar Zahlen immer gut machen?

Jetzt wären wir also so langsam beim Hauptgang angelangt, obwohl mein Magen jetzt schon rotiert, denn jetzt haben sie es geschafft, endlich einmal was konkretes zum Thema zu sagen, nämlich daß Langzeitstudiengebühren deswegen eingeführt werden sollen, weil eben diese Gebühren einen „maßvollen Beitrag zum sozialen Ausgleich“ seien, weil diese LangzeitstudentInnen ja auch von den sozial schwächeren mitfinanziert werden. Diese Aussage negieren sie sogar selbst im nächsten Satz, wenn sie sagen, daß Langzeitstudierende später nicht selten überdurchschnittlich verdienen. Zahlen diese dann etwa nicht auch mehr an Steuern, und leisten somit ihren sozialen Ausgleich? Eigentlich auch egal, denn sie haben uns noch mehr unverständlicher Zusammenhänge aufgetischt, die hier durchleutet werden sollen. Zum Beispiel finden sie wieder einen Zusammenhang zwischen Seniorenstudierenden, und dem Geld, das eben bei diesen später nicht durch Steuern

wieder eingetrieben werden kann. Aber haben diese Menschen nicht schon ihr ganzes Leben lang Steuern gezahlt, und haben somit auch schon ihr Studium finanziert? Ganz zu schweigen davon, daß sie diesen Menschen das Grundrecht auf Bildung somit verwähren, und gleichzeitig mal wieder ihr eigenes Programm in Frage stellen.

Daß für sie der Profit, den sie mit der Bildung machen wollen völlig im Vordergrund steht sollte spätestens jetzt jedem Menschen klar sein. Aber wer noch nicht überzeugt ist soll doch einfach weiterlesen, denn Herr Clement spricht direkt das Studienkontenmodell an. Dieses ist einfach gesagt die Tarnung von Studiengebühren für selbstbestimmtes Studieren.

Ihr „System von Bonus- bzw. Ausnahmetatbeständen“ wird hier von ihnen als sozialer Ausgleich propagiert, aber in Wirklichkeit ist dieses System nur dafür gedacht, einem unsozialen System, nämlich Studienkonten, einen sozialen Charakter zu verleihen. Eine Verlängerung, bis zur Verdoppelung der Regelstudienzeit für sozial Schwächere, ändert nichts am unsozialen Charakter der Regelstudienzeit, die eigentlich für die ProfessorInnen gedacht war, um für die StudentInnen einen günstigen Rahmen zu schaffen, und der damit verbundenen Langzeitstudiengebühren. Eine Verschiebung der Gebüren nach hinten schmälert vielleicht die Tat, doch das Resultat, eine Einschränkung eines Grundrechtes, ist und bleibt unsozial. Das selbe gilt auch für die Freistellung von den Immatrikulationsgebühren für eben diese sozial Schwächeren.

Den Letzten Abschnitt hätten sie sich dann am Besten gleich gespart. Die Tatsache, daß sie ab 2005 50% und ab 2006 100% des, durch Studiengebühren erwirtschafteten Profits direkt an die Hochschule abtreten möchten ändert immer noch nichts an der Tatsache, daß sie ein Grundrecht einschränken, und eine Selektion durchführen.

So, mit diesem Menue haben sie es endgültig geschafft. Wie es aussieht ist für mich die Bildung gegessen!

Gegge (AK Bildung und Politik)

Bildung - Zur Problematik eines Begriffs

Bei der andauernden Debatte über Zugangsbeschränkungen, Qualität und Vermarktung der deutschen Schul- und Hochschullandschaft steht ein Begriff im Mittelpunkt, der es in sich hat: Auf "Bildung" beziehen sich alle Diskutanden, PolitikerInnen, Lehrende, antikapitalistisch orientierte AktivistInnen und Ökonomen. Doch was ist "Bildung"? Niemand scheint sich so recht an eine Klärung dieses mit vielen widersprüchlichen Assoziationen aufgeladenen Begriffs zu trauen, Plätitüden wie "Bildungsoffensive" auf der einen, "Bildungsklau" auf der anderen Seite behandeln den Begriff wie ein Sacrosanktum, dessen Wert durch Ausdifferenzierung geschmälert werden könnte.

Von Seiten sozialkritisch bis kapitalismuskritisch motivierten Studierenden gilt seit Jahrzehnten die Implikation der Parole "Bildung statt Ausbildung" als Essenz eines emanzipativen Bildungsbegriffs: Bildung wird der Berufsschulung "Ausbildung" gegenübergestellt, die zielstrebig und einseitig auf den Eintritt in die stark entfremdende Berufswelt vorbereitet. "Bildung" ist über die Abgrenzung definiert als eigener Wert, der keiner weiteren Legitimation bedarf. In kritischen Diskursen dient "Bildung" der Umschreibung eines Lebensentwurfs: Nicht der Beruf ist das Ziel, sondern der Weg, und wohin dieser führt, ist keinesfalls vorgegeben. Durch einen solchen Bildungsbegriff wird ein unbefristetes Studium, das sich außer auf Länge auch nicht auf Studiengänge oder Kontinuität beschränken lässt, propagiert. Hieraus werden Forderungen an die Politik abgeleitet: Bildung sei ein Grundbedürfnis, der Staat habe die Aufgabe, diese für alle seine Angehörigen zu gewährleisten, und sich - ebenso wie die Wirtschaft - aus deren Angelegenheiten abgesehen von der finanziellen Unterhaltung rauszuhalten.

Das klingt wie Musik in den Ohren vieler Altkonservativer: In der Tat ist die Nähe zum Humboldtschen Bildungsbegriff und der

humanistischen Tradition nicht nur offensichtlich, sondern wird auch in der öffentlichen Bildungsdebatte von verschiedener Seite eingesetzt: Wie leidlich bekannt, kommen KritikerInnen des Neoliberalismus aus unterschiedlichen Lagern, und wenn Rheinischer-Merkur-gestählte AltpädagogInnen gegen den Ausverkauf des Erziehungssystems Humboldt und Hegel zu Felde führen, kommt das manchen pragmatisch denkenden Studis zupaß.

Doch auch hier gilt wie in allen anderen Bereichen der Kapitalismuskritik: Vorsicht vor falschen FreundInnen! Humboldts in erster Linie vor seinem historischen Hintergrund (1792!) zu verstehende Überlegungen fordern zwar engagiert die inhaltliche Autonomie der Hochschulen von Politik- und Wirtschaftsinteressen, doch hatte Humboldt keine Massenuniversitäten im Sinn, wie sie heute

(noch) selbstverständlich sind. Wer Humboldt also unzulässigerweise auf die heutige Zeit überträgt, sagt also auch - unbeabsichtigt oder nicht - hin zu Eliteunis.

Was also bleibt abgesehen von Humboldt? Oder: Ist die humanistische Tradition noch zu retten? Offenbar genügt kein Blick in die Vergangenheit, um ein emanzipatorisch gehaltvolles Bildungsideal zu formulieren. Vielmehr scheint es sinnvoll, den IdeologInnen der neoliberalen Bildungsumgestaltung noch mehr Gehör zu schenken - viele von diesen stellen "zeitspezifische" Anforderungen an das Bildungssystem, die nur im Hinblick auf die gewollte Transformation desselben nach marktwirtschaftlichen Maßstäben Sinn machen. Diese konkreten Anforderungen sollten daher zum Ziel kritischer Positionierungen werden, anstatt gebetsmühlenartig den Neoliberalismus oder den Kapitalismus selbst als bildungspolitische Antithese vorzuführen, denn Bildung sollte umgekehrt mehr sein als eine an Hochschulen genannten Einrichtungen verorteter nicht näher definierter antikapitalistische Haltung.

Läßt mensch sich dann auf die Argumente der ChefpropagandistInnen ein, so fällt die Suche nicht schwer. Ein zentrales Ziel der Bildungsreformen seit den 80ern war und ist "Zukunftsfähigkeit". "Zukunft" wird als "fit sein für die globale Informationsgesellschaft"

gedeutet, wie folgendes Zitat einer BMBF¹-Pressemitteilung von 1995 demonstriert:

Zukunfts-fähig ist, wer in der Lage ist, aus der auf ihn einstürzenden Flut von Informationen die für ihn relevanten herauszusuchen, und wer die zur Informationsbeschaffung nötigen Geräte bedienen kann. Hier ergeben sich neue Herausforderungen an das Bildungssystem, den Einzelnen mit den notwendigen Kompetenzen auszustatten.

Wie BdWi²-Geschäftsführer Torsten Bultmann damals bemerkte, handelt es sich hierbei um die Definition eines post-humanistischen Bildungsbegriffs. Qualifikation im Sinne von "zukunfts-fähig" ist zu einer abhängigen Variable ökonomisch-technischer Entwicklungen verkommen, die naturmetaphorisch ("einstürzende Flut") als undurchschaubare Bedrohung charakterisiert wird. Ziel solcher Qualifizierung ist die Anpassung des einzelnen an das, was naturgegeben sowieso passiert. Als logische Konsequenz dieser Auffassung folgt die Infragestellung des zumindest formal existenten Rechts auf Bildung.

Was bedeutet das für NeoliberalismuskritikerInnen? Einfach mal das Argument umdrehen: Als "gebildet" darf nicht gelten, wer - wie es im Zitat sinngemäß heißt - innerhalb einer gesellschaftlichen Nische reflexhaft wie einE Zombie aus einer undurchschaubaren "Flut von Informationen" die für ihn/sie jeweils nützlichen herausfiltern kann. Ein im emanzipatorischen Sinne vertretbares Bildungsideal sollte nicht primär vom bloßen Erwerb spezialisierter Kenntnisse im Hinblick auf das Berufsleben ausgehen, sondern in Verbindung damit allen Menschen ermöglichen, die Bedingungen der eigenen Existenz in Abhängigkeiten gesellschaftlicher, beruflicher und sonstiger Art zu analysieren

und subjektiv zu interpretieren, um darauf aufbauend in freien Vereinbarungen mit Mitmenschen diese bewußt und aktiv (um-)gestalten zu können. Dies wäre dann ein auf das wesentliche konzentrierte, die humanistische Tradition nicht verleugnender Bildungsbegriff, der von sozialdarwinistisch angehauchten elitären Bildungsvorstellungen radikal befreit worden ist.

Das mag wie abgestandener Studi-Utopismus und als solcher kaum umsetzbar erscheinen. Ein derart "revolutionäres" Bildungsideal sollte aber als Grundlage und Perspektive dienen, aus der alle institutionalisierten Grenzen und Hierarchien des traditionellen Bildungssystems als willkürlich und artifiziell grundsätzlich in Frage zu stellen sind: Reformen brauchen theoretische Untermauerung, damit ihre Richtung sinnvoll gestaltet werden kann.

Wenn ein so gearteter Bildungsbegriff weitere gesellschaftliche Zustimmung erführe, würden die fachspezifischen Trennungen der Bildungsbereiche ebenso wie Zugangsbeschränkungen in steigendem Maße hinfällig werden. Größtmögliche Offenheit aller Bildungsarten und -einrichtungen in jedweder Hinsicht, sowohl fachlich als auch sozial, wären dafür Voraussetzung. Als letzte Konsequenz müßte folgerichtig die Abschaffung der Hochschulen stehen, womit nicht die Zerstörung der Bildungseinrichtungen gemeint ist, sondern das Verschwinden des Status "Hochschule".

(Teilen dieses Textes liegt ein älteres Referat von Torsten Bultmann zugrunde)

Harald Pittel

(Footnotes)

¹ Bundesministerium für Bildung und Forschung - Heute geleitet von Ministerin Edelgard Bulmahn

² Bund demokratischer WissenschaftlerInnen und Wissenschaftler

– Ein kritischer WissenschaftlerInnenverband

Wenn das mal Schule macht

Die Bildungspolitik steht wieder hoch im Kurs. Denn wenn die Deutschen immer dümmer werden, ist der Standort in Gefahr. von dirk eckert

Endlich Ferien! Wer hat Schuld an der Bildungsmisere? Während konservative Politiker die Migrantenkinder für das schlechte deutsche Abschneiden bei der Pisa-Studie verantwortlich machen und mit Sprachtests und Sanktionen drohen, will die

Bundesregierung mehr Ganztagschulen errichten. Offensichtlich ist, dass das deutsche Bildungssystem die soziale Ungleichheit vergrößert.

Wenn nur 20 Prozent der Schüler in Bayern das Abitur erreichen, dann ist das nichts, worauf Herr Stoiber stolz sein könnte. Das bayerische Modell ist als bundesweites Vorbild nicht geeignet, denn wir brauchen mehr Abiturienten und mehr Studierende.« Es war

der Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) vorbehalten, nach der Veröffentlichung der Ergebnisse der zweiten Pisa-Studie den Gegenangriff der Sozialdemokraten zu führen. Die Studie, die am 27. Juni vollständig veröffentlicht werden soll und aus der die Stärken und Schwächen der Bildungssysteme der einzelnen Bundesländer hervorgehen, hat ein Problem für die SPD mit sich gebracht.

Denn nach den bisher bekannt gewordenen Ergebnissen liegt ausgerechnet Bayern bei der Lese- und der Mathematikkompetenz der Schüler an erster Stelle im Ländervergleich. Als einziges von allen 16 Bundesländern rangiert das von der CSU regierte Land im oberen Drittel der Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Edmund Stoiber dürfte es gefreut haben.

Die SPD bemühte sich daher, bei der Interpretation der Ergebnisse gegenzusteuern. Bayern müsse Hochschulabsolventen importieren, hieß es aus der SPD-Zentrale. In der Tat ist die Auslese in Bayern hart, nur 20 Prozent der Schüler schaffen es bis zum Abitur, weitere neun Prozent erwerben die Fachhochschulreife. Im Bundesdurchschnitt erlangen dagegen 36 Prozent die Hochschulreife, im OECD-Schnitt machen heute sogar 57 Prozent der Schüler das Abitur.

Insgesamt ist in Deutschland der Unterschied zwischen leistungsstarken und -schwachen Schülern besonders ausgeprägt. In Ländern wie Finnland, Kanada oder Südkorea gehen die Kinder, gleich welcher sozialen Herkunft, acht oder neun Jahre lang auf dieselbe Schule. Diese Bildungssysteme sind sozial durchlässiger. Das deutsche Schulsystem ist dagegen weniger in der Lage, herkunftsbedingte Nachteile auszugleichen. Deutschland steht bei der Förderung der schwächsten Schüler an allerletzter Stelle.

Das trifft schnell die Kinder, in deren Elternhaus kein Deutsch gesprochen wird. Schon werden die Migranten in der öffentlichen Diskussion zu Sündenböcken für das schlechte deutsche Abschneiden gemacht. Hessen und Hamburg wollen Zwangstests vor der Einschulung

einführen; wer den Sprachtest nicht schafft, darf keine deutsche Schule besuchen. Natürlich soll das nur für die Kinder von Migranten gelten. Auch Bayern will den ausländischen Kindern einen Sprachtest abverlangen, dort sollen »Sprachlernklassen« eingeführt werden.

Die baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan, in Stoibers »Kompetenzteam« für Bildung zuständig, gibt sich da moderater. Sie will ein Jahr vor der Einschulung einen Sprachtest »anbieten« - »für deutsche wie ausländische Kinder gleichermaßen«. Je nach Ergebnis soll es dann »Sprachförderung« geben.

Mit Schavan hat sich Stoiber eine »bildungspolitische Überzeugungstäterin« (Die Welt) in seine Truppe geholt. Die stellvertretende CDU-Parteivorsitzende und Vizepräsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) gilt als konservativ und modern zugleich. Sie steht politisch Heiner Geißler und Rita Süßmuth nahe. Für letztere rückte Schavan, die Erziehungswissenschaften, Philosophie und katholische Theologie studiert hat, 1998 ins Präsidium der CDU nach. Mit ihr hat Stoiber schon den dritten inhaltlichen Akzent gegen die FDP gesetzt. Er präsentierte Lothar Späth als designierten Wirtschaftsminister, Wolfgang Schäuble für das Außenressort und eben Schavan für die Bildungspolitik. Das sind allesamt Ressorts, die in der früheren schwarz-gelben Koalition unter Helmut Kohl die FDP innehatte.

Schavan setzte in Baden-Württemberg Akzente. Sie nahm die große Oberstufenreform von 1972 teilweise zurück, künftig gibt es im »Musterländle« fünf Pflichtfächer bis zum Abitur, das Grund- und Leistungskurssystem wird abgeschafft. Eine zu frühe Spezialisierung sei falsch, verkündete sie. Eine »Rückkehr zu Opas Gymnasium« witterte dagegen die SPD-Opposition im Stuttgarter Landtag. Nicht unoriginell, führte Schavan erstmals Fremdsprachenunterricht in der Grundschule ein. In den Koalitionsverhandlungen drückte sie das Abitur nach zwölf Jahren durch, das »Turbo-Abi«, das es ab 2005 geben soll.

Schavan befürwortet auch das Zentralabitur. »Die Qualität des Schulabschlusses darf nicht vom Bundesland abhängen, in dem man wohnt.« Auch will sie die Kinder früher einschulen und spricht vom »Irrglauben, Schule zerstöre die Kindheit«. In der Grundschule verlangt sie »mehr früh anerzogene Bereitschaft, Leistung zu erbringen«. Und immer wieder warnt sie davor, nicht die Hochbegabten zu vernachlässigen. »Benachteiligtenförderung und Begabtenförderung gehören zusammen.« Gerade zur Hochbegabtenförderung habe die SPD ein »völlig gebrochenes Verhältnis«.

Die SPD, die sich von den Reformprogrammen der siebziger Jahre längst verabschiedet hat, reagierte auf die Pisa-Studie dagegen mit Aktionismus. Flugs erklärte Bundeskanzler Gerhard Schröder die Bildung zur Chefsache und gab die erste Regierungserklärung eines Kanzlers zur Bildungspolitik ab. Bulmahn und Schröder wollen eine »nationale Kraftanstrengung« und warnen vor »Parteiengenzank« bei dem Thema. Die SPD setzt auf Ganztagschulen und auf die Steigerung des Abiturientenanteils von einem Drittel auf 40 Prozent der Schüler.

In den kommenden Jahren will die Bundesregierung aus den Erlösen der UMTS-Lizenzen vier Milliarden Euro für zehntausend neue Ganztagschulen aufbringen. Bisher gibt es Ganztagsunterricht nur an 2 500 der 40 000 Schulen in Deutschland. Bis 2007 wäre dann immerhin jede vierte Schule eine Ganztagschule, ein »überfälliges pädagogisches Reformprojekt«, wie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) meint. Nach jüngsten Umfragen befürworten 60 Prozent der Eltern solche Schulen.

Die von der CDU oder der CSU regierten Länder lehnten das Vorhaben anfangs ab, am 17. Juni einigten sich Bund und Länder dann doch auf einen »Aktionsrahmen für flächendeckende gemeinsame strukturelle Neuerungen in der Bildung«, der u.a. die Verbesserung der Lese-, Sprach- und Schreibkompetenz und die Förderung von Migranten zum Ziel hat. Auch hinsichtlich der

Ganztagschulen signalisierten die Unionsländer ihre Zustimmung.

Doch der Kompromiss hielt nicht lange. Schavan kritisierte das Programm als nicht ausreichend finanziert und als Eingriff in die Landespolitik. Nötig sei ein qualitativ besserer Unterricht, nicht mehr Betreuung. Schließlich lehnten die acht unionsregierten Länder das Programm in einer gemeinsamen Erklärung doch ab. Das Geld aus Berlin wollen sie »zum Ausbau der bereits in den Ländern vorhandenen Betreuungsangebote« verwenden und sich nicht in die »grundgesetzlich festgelegte Bildungshoheit« hineinreden lassen.

»Wir sind nicht käuflich in der Bildungspolitik«, hieß es etwa aus Hessen. Ministerpräsident Roland Koch (CDU) nannte die Hochbegabtenförderung, den Sprachunterricht und die bessere Ausstattung der Schulen als mögliche Verwendungszwecke. Bulmahn jedoch knüpfte die finanziellen Zuwendungen aus Berlin an »ein pädagogisches Konzept für den Ganztagsbetrieb«, da mit dem Geld nicht der »Aufbau von Schulkantinen«, sondern eine »neue Schulkultur« gefördert werden solle.

Die Gewerkschaften und die Unternehmer sehen indes die neue Bildungspolitik schon am deutschen Föderalismus scheitern. Die GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange sagte, von gleichen Bildungs- und Lebenschancen könne in Deutschland »keine Rede mehr sein«. Die »Wirtschaftsjunioren Deutschland«, denen rund 11 000 Unternehmer unter 40 Jahren angehören, sind ebenfalls gegen die Länderhoheit bei der Bildung: »Im Zeitalter der Globalisierung ist es fatal, keine einheitlichen Leistungsstandards in Schulen zu haben. Mobilität und Flexibilität unserer Arbeitnehmer sind damit extrem eingeschränkt.«

Selbst in der PDS sieht man die Gefahr für den Standort. Die bildungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, Monika Böttcher, kritisierte das deutsche Schulsystem: »Es ist im Interesse des Kapitals ineffektiv, produziert nicht genug Qualität und ist hoch risikobehaftet, weil es sozialen Sprengstoff erzeugt.«

aus: Jungle World 27/2002

“DER IST AUF UNSERER SEITE”

Rektor Rauhuts Haltung zu Studiengebühren

bei seinem redebeitrag auf der abschlusskundgebung der demo am mittwoch,den 12. 6. fand der rektor der rwth warme worte für die belange der protestierenden studenten.er gab sich als entschiedener gegner von studiengebühren zu erkennen.die unmutsbekundungen einer kleinen gruppe demonstrierender stießen beim gros der versammelten auf unverständniß.”was soll das ?

der ist doch auf unserer seite!”diesen eindruck verstand rauhut auch zu erwecken.

nicht ganz so einrächtig war die stimmung beim thema sprachkurse.so ließ er sich zu einer stellungnahme hierzu auch erst nach den minutenlangen “sprachkurse”-sprechchören der demonstranten erweichen.hintergrund war seine entscheidung,die bislang kostenlos angebotenen sprachkurse des instituts für angewandte sprachwissenschaften in die aglac einzugliedern und sie somit kostenpflichtig zu machen.(mehr zur aglac in diesem reader)
er begründete dies mit dem starken andrang von interessenten,der einen hochwertigen unterricht unmöglich mache.durch eine geringe gebühr,die sich wirklich jeder problemlos leisten könne,solle die zahl der teilnehmer verringert werden.

soweit rauhuts erklärung.es stellt sich hierbei die frage,wieso sich die zahl der lernenden wesentlich verringern sollte,wenn sich die gebühr wirklich jeder leisten kann.springen dann hunderte ab,die nur eine neue sprache lernen,weil sie alles mitnehmen daß es umsonst gibt?

der mechanismus,der hier greift,ist simpel,aber effektiv.zu hohe studentenzahlen verlangen nach selektion,die lässt sich am besten als soziale selektion bewerkstelligen,instrument dazu ist geld,und das kann man schließlich immer gebrauchen.

daß dies nicht nur ein notopfer für den erhalt der ansonsten unter dem ansturm der lernwilligen zu kollabieren drohenden sprachkurse ist,lässt sich aus einigen handlungen und äußerungen rauhuts schließen.

eine absage von studiengebühren in der grundordnung der rwth wußte rauhut zu verhindern.er behält sich vor,studiengebühren einzuführen.”zwar sind gebühren derzeit kein thema,aber wer weiß,was in einigen jahren ist.”(az,16.1.02)

schon jetzt spricht er sich eindeutig für gebühren fürs zweit- und seniorenstudium aus.“gegen eine gebühr bei einem zweitstudium spricht absolut nichts.nur eine gesellschaft, die reich ist,kann sich ein gebührenfreies zweitstudium leisten.und das gilt auch für das seniorenstudium.”(az,17.5.02)

armes deutschland ...

und der kreis der anvisierten “kunden” erweitert sich.zum thema langzeitstudenten pflegt der mann nämlich mit gespaltener zunge zu reden.im august 2001 heißt es bei ihm noch,studiengebühren für langzeitstudis seien “unsinn”,und “die paar langzeitstudenten jucken uns nicht”(az,4, bzw.6.8.01)im neuesten interview klingt das bereits anders:”der begriff der langzeitstudenten ist eine frage der definition.die regierung muss uns andere instrumente an die hand geben.(...)wer in bwl früher bis ende des sechsten semesters kein vordiplom hatte,wurde exmatrikuliert.auch das wurde(von der regierung) abgeschafft.uns wurde(...)immer vorgeworfen,wir würden es nicht schaffen, ein studium zu beschleunigen.wir haben dafür nie ein instrument erhalten.ein student kann sich einschreiben,und dann können wir 5 Jahre lang nichts unternehmen.die schweiz macht es anders.nach einem jahr gibt es eine prüfung,die man nur einmal wiederholen darf.wenn man ein solches system einführt,könnte man damit leben”.(az,17.5)
rauhut,dem vor nicht mal einem jahr gönnerhaft kundtat,“die paar langzeitstudis “jucken”ihn nicht,fordert jetzt sanktionsmöglichkeiten für diese.mehr druck,dann klappts.einmal stolpern,und raus bist du.gegen eine kleine gebühr lässt sich natürlich alles regeln..
überhaupt scheint rauhut auf lange sicht nicht gewillt,bildung, die nicht primär wirtschaftlichen zwecken dient,umsonst anzubieten.in den

allermeisten seiner verlautbarungen ist der grundtenor, daß die arbeit der rwth auf wettbewerb und effizienz ausgerichtet ist.so rief er im mai 2001 "life sciences" zum neuen schwerpunkt der rwth aus, ein terminus der unter anderem das leicht gruselig anmutende stichwort "biotechnologie" umfaßt. in diesem zusammenhang drischt er verbal auf den fachbereich philosophie ein.

"wir stehen für das technich machbare, weil das absolute voraussetzung dafür ist, das man andere dinge überhaupt machen kann. philosophieren kann man nur, solange man lebt"(az,2.5.01)

das leben selbst ist also offenbar bedroht und nur durch "life sciences" zu retten. die traumtänzereien der geisteswissenschaften kann man sich erst wieder leisten, wenn alles im lot ist. nun ja. desweiteren sei "konkurrenzfähige"(az,s.o) kompetenz in der philosophischen fakultät nicht vorhanden. "das können andere wesentlich besser"(az,s.o) aus dem mund eines so technikgläubigen, marktorientierten und rationalisierungswütigen bildungsfunktionärs kann man das als ernsthafte bedrohung des fortbestands des gesamten fachbereichs philosophie interpretieren. rechnet sich halt nicht.

Sascha (AK Bildung und Politik)

"



MATT GROENING